

# WIRTSCHAFTSforum

Stimme des Mittelstandes in Baden-Württemberg

## Europa - Quo Vadis?



Unternehmertum neu denken – Seite 4  
Wettbewerbsfähigkeit ausbauen!



MIT Kreise und Bezirke – Seite 21  
Die Europawahl – unsere MIT-Kandidaten



MIT Südbaden – Seite 30  
FU und MIT Südbaden machen sich Sorgen



Landespolitik – Seite 40  
Eigenverantwortung statt Zwangsbeglückung

# Inhalt



Es ist kompliziert und anstrengend

## 3 Vorwort

### Schwerpunkt

- 4 Unternehmertum neu denken - Wettbewerbsfähigkeit ausbauen!
- 6 Europa was kannst Du noch?
- 8 Es ist kompliziert und anstrengend
- 10 Europa muss besser werden. Weil es unsere Zukunft ist!
- 12 Mahnung an die Politik

## Die MIT fragt!



# 23

Für Sie ins Europaparlament

Die MIT fragt, die Kandidaten antworten!

- 14 Europas Zukunft sichern
- 16 Europa – einst und heute
- 18 Das digitale Dilemma der Europäischen Union
- 21 Für Sie ins Europaparlament
- 23 MIT fragt

### Aus den Kreisen & Bezirken

- 27 Aktuelles aus Baden-Württemberg

### MIT Land

- 39 „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

### Landespolitik

- 40 Eigenverantwortung statt Zwangsbeglückung: Plädoyer gegen den Etatismus

### Wirtschaft

- 42 Aufhebung von § 13b BauGB und neue Heilungsmöglichkeit für betroffene Bebauungspläne – Eile für Investoren, Bauherren und Kommunen ist geboten



# 31

## Leistung belohnen, Lasten reduzieren

Carsten Linnemann stellt CDU-Grundsatzprogramm in Ludwigsburg vor

- 45 Inserentenverzeichnis
- 46 MIT vor Ort / Impressum
- 47 Mitglied werden

## Liebe Mittelständlerinnen und liebe Mittelständler, liebe Leserinnen und Leser,

ohne Europa geht es nicht, Europa bleibt unsere Zukunft. Und natürlich müssten wir die EU erfinden, wenn es sie nicht gäbe. Für die deutsche Wirtschaft ist der Binnenmarkt unverzichtbar. Dank der EU-weiten Freizügigkeit finden viele kleine und mittlere Betriebe Arbeitskräfte. Saisonkräfte aus unseren östlichen Nachbarländern lassen unsere Wirtschaft brummen, egal ob in der Landwirtschaft oder dem Hotel- und Gaststättengewerbe. Und spätestens seit Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine, weiß der letzte nicht völlig Verblendete, dass es ohne ein gesamteuropäisches Zusammenstehen nicht geht. Nur, es gibt genug Verblendete, in Deutschland sowohl rechts wie links. Zwischen einem Viertel und einem Drittel der Wähler stimmen für ihre Parteiformationen.

Da können wir uns nicht leisten, dass die EU underperforms, auf gut Deutsch schlechte Arbeit macht. Stichwörter wie Green Deal, Dirigismus oder immer mehr Bürokratie mögen hier genügen. Die EU muss ihre Politik überdenken und sicherstellen, dass Umweltschutz nicht zu unerwünschten Nebenwirkungen führt. Völlig überzogene Auflagen z. B. für die Viehwirtschaft, wie sie nicht nur unser

Cannabisliebhaber und Bundeslandwirtschaftsminister forciert, schwächen die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Bauern. Außerdem wirken sie sich negativ auf Klima- und Umweltschutz aus. Die global schnell wachsende Mittelschicht wird ihren Fleischhunger dann eben andernorts stillen, bei umweltschädlicheren Produzenten kaufen, die eben den Amazonas weiter abholzen werden. Was für die Landwirtschaft gilt, gilt ebenso für die Industrie, egal ob Chemie, Stahl, Kunststoffe, Textilien oder Maschinenbau.

Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen muss für Brüssel wieder im Mittelpunkt stehen, die Regulierung muss auf das unbedingt Notwendige zurückgeschnitten werden, administrative Hürden haben zu verschwinden. Subventionen und staatliche Interventionen sind in der Regel kontraproduktiv, denn sie schwächen die Markteffizienz und verzerren Anreize. Ähnliches gilt für protektionistische Maßnahmen und andere Handelshemmnisse. Selbst wenn die EU solide Wachstumsraten aufweisen würde, das globale Wirtschaftswachstum findet woanders statt. In Brüssel glaubt man doch



*Inka Sarnow, stellvertretende Landesvorsitzende der MIT Baden-Württemberg*

nicht im Ernst, dass man Indien, den Asean-Staaten, Südafrika, Saudi-Arabien oder Brasilien vorschreiben kann, was und wie sie zu produzieren haben. Von China, Russland oder den USA ganz zu schweigen.

Haushaltsdisziplin und hohe Verschuldung sind nicht nur in EU-Mitgliedstaaten ein Problem. Eine gesamteuropäische Schuldenpolitik ist ein No-Go! Vielmehr braucht es Ausgaben- disziplin auf allen Ebenen.

Und natürlich braucht es bezahlbare Energie, nicht zuletzt Kernenergie. Das ist aber unser hausgemachtes Problem, wofür Brüssel nicht verantwortlich ist. Auch in diesem Punkt sendet ein starkes Ergebnis für die CDU bei den Kommunal- und Europawahlen am 9. Juni die richtige Botschaft an die gescheiterte Ampel: Je früher sie fällt, umso besser für unser Land!

Mit freundlichen Grüßen

*Inka Sarnow*

Ihre Inka Sarnow

# Unternehmertum neu denken - Wettbewerbsfähigkeit ausbauen!



Markus Ferber MdB

In Deutschland wird in diesem Jahr mehrfach gewählt: Neben den Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und in Brandenburg, findet, zeitgleich zu in acht Bundesländern stattfindenden Kommunalwahlen, die Wahl zum zehnten Europäischen Parlament statt. Alle EU-Bürger sind aufgerufen, an der neuen Zusammensetzung des europäischen Abgeordnetenhauses mitzuwirken. Nicht nur mit Blick auf die außenpolitisch krisen-gezeichneten vergangenen Jahre kann die Wahl zu EU-Parlament als Stunde null betrachtet werden. Auch intrinsisch ist sie steten Herausforderungen ausgesetzt, die Fragen hinsichtlich ihrer Legitimation aufwerfen und sich auf ihren unionsweiten Zuspruch auswirken: Rechtspopulistische Tendenzen, Rechtsstaatlichkeitsprobleme, Demographie, Energiewende, Inflation und wirtschaftliche Stagnation.

Die Antwort der Kommission auf diese Herausforderungen: Detailregulierung, bürokratische Auflagen für europäische Unternehmen und Mittelstand und ein starres Festhalten an den 2019 vorgestellten politischen Leitlinien. Allein während der letzten Monate der noch laufenden Legislatur wurden zahlreiche kritische Initiativen durchverhandelt, was auch angesichts der anhaltenden Bauernproteste durchaus an der Prioritäten-

setzung des Gesetzgebers zweifeln lässt: Naturwiederherstellungsgesetz, Luftqualitätsrichtlinie, Ökodesignverordnung, Verschärfung der CO<sub>2</sub>-Emissionsziele für neue schwere Nutzfahrzeuge, Gebäuderichtlinie, Lieferkettenrichtlinie, Zahlungsverzugsverordnung etc. Nicht zu vergessen das beschlossene Verbrenner-Verbot ab 2035. Dabei sind Unternehmen und KMU bereits mit der Umsetzung vielschichtiger Vorgaben aus EU-Regulierung, wie CBAM, Nachhaltigkeitsberichterstattung oder Taxonomie konfrontiert.

Von politischem Rückhalt für das Rückgrat der europäischen Wirtschaft kann also kaum gesprochen werden. Dabei liefern über 24 Mio. mittelständische Unternehmen beispielloses wirtschaftliches Potenzial: Mit etwa 85 Millionen Beschäftigten stellen KMU zwei von drei Arbeitsplätzen in Europa und erwirtschaften ca. 52% des BIP. In vielen Bereichen sind sie Treiber für Innovationen und Wettbewerb und nehmen damit eine zentrale Rolle für Wachstum und Wohlstand ein. Die überbordende Bürokratie wirkt da wie eine Zwangsjacke. Eine aktuelle Umfrage der Stiftung Familienunternehmen und Politik untermauert diesen Eindruck. Zwei Drittel der über 1000 befragten Unternehmen geben der europäischen Wirtschaftspolitik die

Noten 4, 5 oder 6. Sie bemängeln, dass die EU zu wenig für die wirtschaftliche Prosperität unternimmt. Den Aufwuchs an Bürokratie führen sie als größtes Problem an. Mindestens 75% der 500 größten Familienunternehmen müssen zusätzliches Personal einstellen, um Berichtspflichten zu stemmen. Handlungsoptionen, die KMU aufgrund ihrer begrenzten Ressourcen oftmals fehlen.

Auch der SME Performance Review der Kommission 2023 zeigt deutlich: In Bezug auf Wertschöpfung und Beschäftigung verzeichnen KMU in der EU zwar eine leichte Erholung, hinken jedoch hinter ihrer Leistung vor der Pandemie zurück. Hinzukommt der sich zuspitzende Fachkräftemangel, der Rückstand Europas bei Digitalisierung, Kommunikationsinfrastruktur und Unternehmensfinanzierungen sowie ein stärkerer globaler Wettbewerb. Als Folge der Krisen der ver-

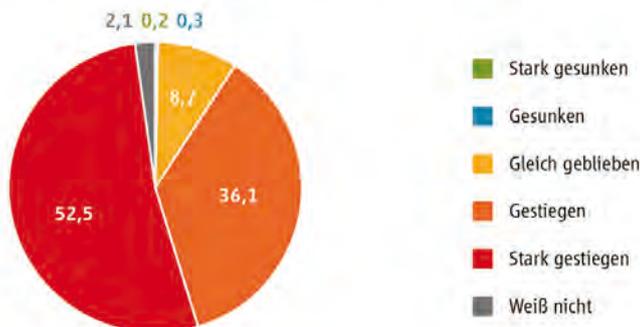
gangenen zwei Dekaden ist die Position der EU als globale wirtschaftliche Großmacht zunehmend gefährdet. Allein auf die USA entfiel 2022 gut ein Viertel des weltweiten BIP und China befindet sich seit der Jahrtausendwende ungebrochen im Aufholprozess. Dass unternehmerische Perspektive und Wettbewerbsaspekte in europäischer Gesetzgebung in den vergangenen fünf Jahren vehement außer Acht gelassen wurden, ist daher fatal.

Mit dem KMU Entlastungspaket und den Vorschlägen zur weiteren Bürokratiereduzierung um 25% sind erste richtige Schritte gesetzt. Auch der Jahresbericht über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit liest sich wie eine längst überfällige To-Do-Liste zu mehr Zukunftsfähigkeit. Und auch der Europäische Rat setzt das Thema Resilienz und Wettbewerbsfähigkeit ganz oben auf die strategische Agenda 2024-2029. Die lange vernachlässigte Frage, wie die Union ihre Wettbewerbsfähigkeit ausbauen kann, muss das neue Flaggschiffprojekt der EU werden. Interinstitutionell muss klar sein: Ökonomische Nachhaltigkeit gelingt nur mittels nachhaltiger Politik und nicht ideologiebehaftetem Aktivismus. Marktwirtschaftliche Dynamiken und Selbstregulierung sind Pauschalverboten und Überregulierung klar vorzuziehen.

Es braucht weitere Maßnahmen zum Bürokratieabbau, wettbewerbsfähige

## Wie bewerten Sie die Entwicklung der Bürokratiebelastung in der EU für Ihr Unternehmen in den vergangenen 24 Monaten?

(In Prozent)



© Stiftung Familienunternehmen, 2024

[https://www.familienunternehmen-politik.de/de/news/2024-03-20\\_familienunternehmen-geben-eu-wwirtschaftspolitik-schlechte-noten](https://www.familienunternehmen-politik.de/de/news/2024-03-20_familienunternehmen-geben-eu-wwirtschaftspolitik-schlechte-noten)

Energiepreise, Technologieoffenheit, einen vollendeten Binnenmarkt, die Kapitalmarktunion, einfachen Zugang zu Finanzierung, schnelle Genehmigungsverfahren, Digitalisierung, regionale Wirtschaftsförderung, Fachkräftesicherung, das Voranbringen von Handelsabkommen, wirtschaftliche Sicherheit, die Stabilitätsunion, technologische Souveränität etc. Der Handlungsspielraum der Europäischen Union ist groß, noch größer muss der Handlungswille sein. Ausgestattet mit einem starken gemeinsamen Wirtschaftsraum, gemeinsamer Währung, Investitionsprogrammen für Forscher und Unternehmen, gemeinsamen europäischen Standards und einem mit zahlreichen Abkommen

untermauerten globalen Handelsnetzwerk, muss sich die Union immer neu behaupten. Europa braucht eine deutlich anpassungsfähigere und unternehmerfreundlichere Politik, die mit und für Wirtschaft und Mittelstand denkt. Deutschland, exportreichstes Land der EU und drittgrößte Volkswirtschaft der Erde, hat mit der diesjährigen Europawahl die Möglichkeit, die europapolitischen Weichen neu zu stellen. ■

Markus Ferber MdEP,  
[markus.ferber@europarl.europa.eu](mailto:markus.ferber@europarl.europa.eu),  
[markus-ferber.de](http://markus-ferber.de)

Als einer der großen Komplettanbieter in Süddeutschland entwickeln wir Superkräfte rundum Neubau, Sanierung und Wartung Ihrer Gebäudehülle. Mehr dazu im Internet:

[www.gebrueder-rueckert.de](http://www.gebrueder-rueckert.de)

FLACHDACH. FASSADE.  
 PHOTOVOLTAIK. FANTASTISCH.



GEBRÜDER RÜCKERT

# Europa was kannst Du noch?



Daniel Hackenjos, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg

Was haben die Marktwirtschaft, die Demokratie und die Europäische Union gemeinsam? Sie alle leiden unter falschen Erwartungshaltungen. Von ihnen wird schlicht erwartet, dass sie alles richtig machen, perfekt sind, was per se nicht und auch niemals möglich sein wird. Aber sie haben auch noch eine weitere Gemeinsamkeit. Sie sind jeweils die mit Abstand beste Wahlmöglichkeit zu jedem erdenklichen Alternativkonstrukt. Nichtsdestotrotz, Stillstand ist und bleibt Rückschritt. Und die Europäische Union ist schon lange stehengeblieben. Daher ist die Wahl zum Europäischen Parlament dieses Jahr spätestens mal wieder der Zeitpunkt, um sich über die Europäische Union und das, was sie noch leisten kann, Gedanken zu machen. Denn auch die beste Alternative ist durchaus noch verbesserungsfähig und vor allem auch -würdig.

Doch gerade dieser Verbesserungswille hat es mitunter schwer, bis ans europäische Tageslicht vorzudringen. Das liegt zum einen an dem mittlerweile weitverbreiteten Phänomen, gerade auch in Demokratien wie der deutschen, dass Kritiker und die Formulierer unangenehmer, aber berechtigter Fragen sofort als Radikale abgestempelt werden. Nicht die berechnete Kritik mit dem Willen einer Verbesserung erreicht dann die öffentliche Diskussion, sondern die Stigmatisierung der Kritiker als Europagegner und dem unterstellten Willen, die Europäische Union untergraben oder gar auflösen zu wollen. Damit tut man der Sache aber letztlich keinen Gefallen. (Angela Merkel mit ihren beiden Vermächtnissen, der AfD und dem Brexit, lässt grüßen. Danke nochmal für nichts.) Denn es werden damit zumeist nur die sinnvollen Kritikpunkte unter der Decke gehalten. Die tatsächlich radikale und zugegeben auch

meist „unfaire“ bzw. sinnlose Kritik (siehe im ersten Absatz) lässt sich von diesen Methoden nicht aufhalten und bricht sich eruptionsartig Bahn, so wie das in vielen europäischen Staaten mittlerweile der Fall ist.

Doch wenn der konstruktive Verbesserungswille sich tatsächlich bis an die moralisch abgestumpfte und aalglatte Bürokratenoberfläche durchgekämpft hat, dann fühlt er sich sofort konfrontiert mit dem meiner Meinung nach größtem Problem der Union: Die Entscheidungsprozesse innerhalb der Europäischen Union sind völlig unbrauchbar, um auch nur ansatzweise eine allgemeinverbindliche Veränderung durchzuführen. Auch hier wurden leider wieder Fehler installiert aus dem falschen Empfinden heraus, alles richtig machen zu wollen und vor allem es jedem recht zu tun (siehe erster Absatz). Zwei Punkte daher, die dringend geändert werden müssen: Erstens, Entscheidungen auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten müssen nach einem Mehrheitsprinzip gefasst werden können. Die einstimmige Entscheidungsfindung muss sofort abgeschafft werden. Dies ist kein unmenschlicher oder arro-



**IHR STARKER PARTNER  
FÜR BETONFERTIGTEILE**

Bernhard Müller Betonsteinwerk GmbH  
Ambros-Nehren-Strasse 7, 77855 Achern



E-Mail: [info@beton-mueller.de](mailto:info@beton-mueller.de)  
[www.beton-mueller.de](http://www.beton-mueller.de)



ganter Akt, sondern ein demokratisches Grundprinzip. Und zweitens, die Organe der Europäischen Union müssen sofort drastisch verkleinert werden. Vor allem das Europäische Parlament. Um die Größe des Parlaments festzulegen, wäre es vielleicht einmal sinnvoll, von den Anforderungen des Souveräns aus diese zu ermitteln und nicht nach dem Stellenbedürfnis der Parlamentarier. Demnach würde ein Abgeordneter für 2,5 bis 3,5 Millionen Einwohner der Europäischen Union völlig ausreichen. Das ergäbe eine Parlamentsgröße von 130 bis 180 Abgeordneten, was völlig ausreichend wäre. Anstatt der 27 Kommissionsmitglieder würden vermutlich auch 10 reichen. Allerdings ist die Reduzierung der reinen Zahlen natürlich nur die Oberfläche des Problems, deren Diskussion zwar berechtigt ist, aber das Grundproblem nicht löst. Das Grundproblem der Europäischen Union ist die abstruse moralische Verpflichtung, jedes Land immer und überall und daher auch viel zu oft überverhältnismäßig zu berücksichtigen. Daher rühren die zum Stillstand verdamnten Entscheidungsprozesse, daher stammen die überbordenden Vertretungsorgane, daraus entspringt die ganze Schwäche der Europäischen Union und aus dieser Schwäche vor allem auch ihrer Unfähigkeit, national und international eine führende Rolle zu übernehmen. Diese Angst, ständig jemanden zu vergraulen, spiegelt sich auch im Umgang mit den Beitragszahlungen bzw. dessen Empfängern wider und in Beitrittsverhandlungen, die den Begriff Verhandlungen weder verdienen, ihn

### Zahlen und Fakten zur EU

---

#### Zahlen und Fakten zur EU

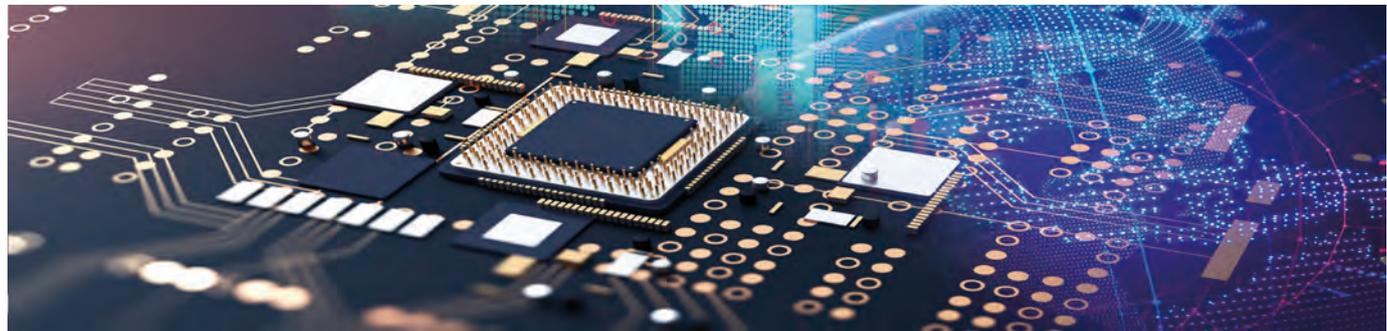
<b>Einwohner</b>	
EU	ca. 450 Mio.
USA	ca. 335 Mio.
China	ca. 1.411 Mio.
<b>BIP</b>	
EU	ca. 20 Bio.
USA	ca. 27 Bio.
China	ca. 18 Bio.
<b>Nobelpreise</b>	
EU	ca. 333 (453 mit GB und FIN)
USA	ca. 351
China	9
Indien	9
<b>Medaillenspiegel Olympia 2022</b>	
EU	ca. 258 (ohne GB)
USA	112
China	89

aber auch nicht bräuchten. Das Bewusstsein, dass „europäische Produkt“ nicht immer wie billig Brot anpreisen zu müssen, sondern es demjenigen zu klar festgelegten Konditionen anbieten zu wollen, der es auch wirklich will, hat sich leider noch nicht durchgesetzt. Wer will, der darf, sofern er bereit ist den „Preis“ dafür zu bezahlen und wer nicht möchte, der darf weiterhin tun und lassen was er möchte, nur eben außerhalb der Union.

Zur Frage, ob die Europäische Union sich quasi zu den „Vereinigten Staaten von Europa“ weiterentwickeln sollte und dementsprechend die nationalen Parlamente reduziert oder gar aufgelöst, vor allem aber in ihrer Befugnis beschnitten werden sollten, kann man im Moment nur so beantworten: Die Europäische Union ist in ihren Entscheidungsprozessen und in ihrer Konstruktion, so wie sie jetzt formiert ist, nicht regierungsfähig. Man kann sogar sagen nicht existenzfähig. Denn egal ob von innen oder von außen, wenn diese Prozesse nicht geändert werden, wird die Europäische Union mittelfristig nicht weiterexistieren können. Weil sie international in der Bedeutungslosigkeit verschwinden wird und national ihre Gegner, unnötigerweise berechtigt, vermehrt ihre Entflechtung fordern und diese final auch umsetzen werden.

Wenn sie allerdings ihre Prozesse anpassen kann, und dies wird nur auf Basis nüchterner demokratischer Grundprinzipien möglich sein, dann ist sie zu vielem mehr fähig, auch zur Ersetzung nationaler Parlamente. Dann wird Straßburg oder Brüssel uns genauso gut oder schlecht regieren wie das Berlin oder Stuttgart gerade tun. Und in diesem Fall gilt: Jedes Parlament weniger ist ein gutes Parlament! ■

Daniel Hackenjos,  
hackenjos@mit-lvbw.de



<p style="font-size: 1.2em; font-weight: bold; margin: 0;">Honold &amp; Kirchner</p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0;">Entwicklung und Fertigung von elektronischen Baugruppen</p>	<p style="font-size: 0.8em; margin: 0;">IHR ZUVERLÄSSIGER PARTNER IN DER ELEKTRONIKFERTIGUNG</p>	<p style="font-size: 0.8em; margin: 0;">Hohenkräher Brühl 2 78259 Mühlhausen-Ehingen <a href="http://www.honold-kirchner.de" style="color: white;">www.honold-kirchner.de</a></p> <p style="font-size: 0.8em; margin: 0;">Tel.: +49 (0) 7733/50330 <a href="mailto:info@honold-kirchner.de" style="color: white;">info@honold-kirchner.de</a></p>
--	--	---

# Es ist kompliziert und anstrengend



wvib-Ehrenpräsident Thomas Burger und Geschäftsführender Gesellschafter der BURGER GROUP über das ambivalente Verhältnis, die „Hassliebe“ der mittelständischen Familienunternehmer zur Europäischen Union.

Einerseits: Grundsätzlich stehen die Unternehmerinnen und Unternehmer hinter dem Wirtschaftsraum, der Währungsunion und dem einzigartigen Friedensprojekt Europäische Union. Ein

*Thomas Burger, Geschäftsführender Gesellschafter der BURGER GROUP, wvib-Ehrenpräsident*

„Dexit“ wäre fatal. Man kann sogar sagen: Überall dort, wo die EU Komplexität reduziert, hat sie auch Fans. Denken wir an den USB-C-Stecker.

Auf der anderen Seite sorgt „Brüssel“ mit praxisfernen Regeln und kaum nachvollziehbaren Vorgaben im Alltag allzu oft für Schnappatmung bei den Unternehmern. Denn statt das Leben einfacher zu machen, macht die EU es leider oft viel komplizierter. Und teurer. Jedes der Brüsseler Vorhaben mag gut gemeint sein - aber bei der Umsetzung überwiegt allzu oft die Belastung. Zu oft schießt die Brüsseler Bürokratie über das Ziel hinaus.

Nehmen Sie die Medizinprodukterichtlinie MDR, das Paradebeispiel für gut gemeinte, aber schlecht gemachte Regulierung: Nach einem Skandal um minderwertige Brustimplantate des französischen Herstellers PIP (und fehlerhaften Audits des TÜV Rheinland) beschloss Brüssel, die Zulassung von Medizinprodukten umfassend neu zu regeln. Die Produkte sollen künftig strengeren Anforderungen genügen und damit zum Schutz der Patienten sicherer gemacht werden. Die neue MDR beinhaltet daher deutlich höhere Dokumentations- und detaillierte Nachweispflichten, eine öffentlich zugängliche europäische Datenbank (in der die klinischen Bewertungen aller Medizinprodukte frei zugänglich hinterlegt und jährlich in 24 EU-Amts-sprachen aktualisiert werden müssen) sowie die Pflicht zur Neuzertifizierung von Bestandsprodukten.

Vor allem der letzte Punkt sorgt für großen Ärger: Eine Neuzertifizierung kostet enorme Summen, die Zulassungsstellen sind überlastet und kommen auf lange Zeit nicht hinterher. Schon mehrfach haben die Mitgliedsstaaten Übergangsfristen beschlossen, weil es schlicht nicht absehbar ist, alle für die

**KAUT**

**Ihr kompetenter Partner für**

**Kunststoffspritzguss und Formenbau**

- Planen
- Konstruieren
- Fertigen
- Feinguss
- MIM
- Kunststoff

*Wir denken voraus, wir bilden aus.*

**Herbert Kaut GmbH & Co. KG**  
Winterlinger Str. 16  
72488 Sigmaringen  
Tel.: 07571/18201-0  
info@kaut.info  
www.kaut-kunststofftechnik.de

medizinische Versorgung notwendigen Produkte in der vorgegebenen Zeit zuzulassen.

Seit der MDR haben es die europäischen Medizintechnikunternehmen deutlich schwerer. Für viele Unternehmen lohnt sich der Aufwand einer erneuten Zertifizierung schlicht nicht. Schätzungen gehen davon aus, dass die MDR europaweit allein in der Industrie zu Erfüllungskosten von etwa sieben bis zehn Milliarden Euro führt.

Die Folge: Produkte verschwinden vom Markt, ernsthafte Engpässe in der medizinischen Versorgung drohen. Dem Patientenschutz wird damit ein Bärendienst erwiesen. Firmen gehen lieber ins Ausland, weil dort die Regeln und Bedingungen besser sind - oder sie geben das Geschäft ganz auf. Die Frage, ob kriminelle Energie (wie im Fall PIP) mit Hilfe der MDR besser aufgedeckt werden kann, lässt sich bis heute nicht seriös beantworten.

Ein weiteres Beispiel: Die chemische Stoffklasse der per- und polyfluorierten Alkylsubstanzen (PFAS) umfasst etwa 10.000 Substanzen. Die meisten von ihnen sind sehr stabil, wasser-, schmutz- und fettabweisend. Wegen dieser einzigartigen Eigenschaften werden diese Ewigkeitschemikalien an vielen Stellen eingesetzt, zum Beispiel in der Halbleiterproduktion, im Maschinenbau für Dichtungen oder in der Automobilindustrie.

Weil einige dieser Stoffe stark gesundheitsgefährdend sind, will die EU nun im Rahmen des REACH-Verfahrens die ganze Stoffklasse pauschal einschränken und damit de facto verbieten.

Darüber entscheidet nicht einmal das Parlament, sondern ein paar Beamte bei der Europäischen Chemikalienagentur ECHA in Helsinki. Viele Industrieunternehmen sind deshalb derzeit mit großem Aufwand dabei, Produkte, Produktion und Lieferkette auf PFAS zu untersuchen, sich am Konsultationsverfahren zu beteiligen und nach Alternativen zu den verwendeten Stoffen zu suchen. Oft sind diese Alternativen nicht verfügbar.

Die ECHA ist gerade dabei, die vielen Einreichungen im Verfahren zu prüfen. 1298 davon kommen allein aus Deutschland. Schon jetzt ist klar, dass sich die Stellungnahmen der ECHA-Ausschüsse deutlich verzögern werden und die Behörde den selbst gesteckten Zeitrahmen bei weitem nicht einhalten kann.

Was also tun? Bekommen wir den Geist wieder in die Flasche? Die Regulierungswut der EU zu begrenzen, ohne die Integration zurückzudrehen, scheint fast unmöglich. 40 Prozent aller Gesetze, die den Bundestag passieren, sind inzwischen Umsetzungen von EU-Recht. Zum Glück sind nicht alle so handwerklich verkorkst wie die PFAS-Verordnung oder die MDR.

Einige sind sogar gar nicht so schlecht: Der europaweite Emissionshandel ETS ist das Instrument, das einer globalen CO<sub>2</sub>-Bepreisung, für die auch liberale Ökonomen immer wieder werben, am nächsten kommt. In den Sektoren, die bereits

im ETS sind, funktioniert das marktwirtschaftliche System des Klimaschutzes gut, effizient und erstaunlich geräuschlos. Dort, wo mit und nicht gegen den Markt gearbeitet wird, funktioniert EU-Regulierung tatsächlich erstaunlich gut.

Europapolitik macht oft keinen Spaß. Aber wenn wir einen wettbewerbsfähigen Standort wollen, an dem auch in zwanzig Jahren noch industriell produziert wird, kommen wir nicht umhin, uns mit den Vorhaben aus Brüssel zu beschäftigen. Wir müssen unsere Stimme erheben. Unternehmer müssen sich dafür einsetzen, dass die EU besser, schlanker, wettbewerbsfähiger und mittelstandsfreundlicher wird. Wir brauchen ein Europa der Macher und Unternehmer, kein Europa der Bürokratie und Bremser. Denn Europa ist trotz allem die beste Lösung für eine Welt im Wandel. ■

Thomas Burger,  
info@burger-group.com,  
burger-group.com

## gebafresh plug & play **NEU!**

### LÜFTUNG & BRANDSCHUTZ VEREINT!

BEDARFSGEFÜHRTE, ZENTRALE LÜFTUNGSANLAGE  
NACH DIN 18017-3 UND DIN 1946-6

1 ultra silent

gebafresh KOMBI GFR  
Abluftventilator integriert  
in Flachdach KOMBI

2 Abluftelement  
GVH

3 Außenluftdurchlass  
GZE-SILENT HYGRO

4 Brandschutz  
AVR / WFK

gebafresh  
auf einen Blick

- Feuchteschutz nach DIN 18017-3
- Wartungsarm
- Nutzerunabhängig
- Niedrige Investitionskosten
- Energiesparend
- Hoher Wohnkomfort

geprüft durch:  
Hermann-Rietschel-Institut TU-Berlin

Bartholomäus GmbH · Bachstraße 10 · D-89607 Emmerkingen  
Telefon +49 7393 9519-0 · Telefax +49 7393 9519-40  
info@geba-merkingen.de · www.geba-merkingen.de

**geba** gebafresh

# Europa muss besser werden. Weil es unsere Zukunft ist!



Foto: Sabina Rüdke

Als Familienunternehmerin in der dritten Generation weiß ich aus eigener Erfahrung, dass der Erfolg der meisten deutschen Unternehmen eng verbunden ist mit den Erfolgen der Europäischen Union.

Auch wenn Europa weit mehr ist als nur ein gemeinsamer Wirtschaftsraum, bildet dieser doch einen über die Jahrzehnte stabilisierenden Kern der EU. Der europäische Binnenmarkt hat entscheidend dazu beigetragen, dass die

gegenseitigen Versprechen von Frieden und Wohlstandsgewinn in Erfüllung gingen.

Die Herausforderungen der EU-Mitgliedstaaten sind heute komplexer denn je. Anfangen von Russlands Krieg in direkter Nachbarschaft über geostراتيجية Abhängigkeiten, bis hin zu Auswirkungen des Klimawandels: Alles Handlungsfelder, die kein Land alleine bewältigen kann. Das koordinierte Vorgehen auf der europäischen Ebene ist

---

Isabel Grupp, Geschäftsleitung Plastro Mayer GmbH, Landesvorsitzende Junge Unternehmer Baden-Württemberg

---

der richtige Ansatz für viele Bereiche. Umso wichtiger ist es, dass in Brüssel Lösungen erdacht und beschlossen werden, die uns den gesteckten Zielen effizient und möglichst direkt näherbringen. Mit Bedauern stelle ich fest, dass viele europäische Regulierungen der letzten Jahre diese Effizienz nicht widerspiegeln.

So wurde der viel besprochene Green Deal mit hunderten von Richtlinien und Verordnungen beschlossen.

Auch wenn ich viele grundsätzliche Zielsetzungen des Green Deals durchaus teile, so finde ich, dass die Wege der Zielerreichung viel zu bürokratisch und belastend für die Wirtschaft sind, gerade für den Mittelstand.

Denn die praktische Umsetzung vieler detaillierter Vorgaben wird in naher Zukunft über Verordnungen und nationales Recht in erster Linie bei den

**FARR**  
FEINMECHANIK

QUALITÄT UND PRÄZISION  
vom Kleinsten

**Präzisionsdrehteile** von  $\varnothing$  0,1 bis 12,0 mm, aus hochwertigen Werkstoffen in **absoluter Genauigkeit** und **erstklassiger Verarbeitung** in Klein-, Mittel- und Großserien.

**Artur Farr GmbH + Co. KG**

info@farr-feinmechanik.de  
www.farr-feinmechanik.de

Unternehmen in Europa abgeladen. Sie verursachen dort eine Flut an Bürokratie, die in Summe sowohl die Beamten der EU-Kommission als auch die Berichterstatter im europäischen Parlament offensichtlich in Ihrer Dimension völlig unterschätzen.

Gerade für die mittelständischen Familienunternehmen verursachen diese zusätzlichen Anforderungen an Berichterstattung, Dokumentation und inhaltliche Vorgaben einen enormen Aufwand und hohe Kosten. Die Wirtschaft ist dadurch zudem auch verunsichert: Was kommt als nächstes? Warum kommen immer neue Berichtspflichten hinzu, die jüngst eingeführte Systeme und Prozesse auf einen Schlag wieder entwerfen?

Das deutlich spürbare Mehr an Belastungen trifft unsere Betriebe in einer Zeit, in der zwei Pandemiejahre und eine massive Energiekrise zu bewältigen sind. Die Brüsseler Bürokratiemaschine lief unterdessen ungeachtet wie geschmiert auf Hochtouren.

Herausgekommen sind dabei Regulierungen wie die für die Nachhaltigkeitsberichtsspflicht (Corporate Sustainability Reporting Directive CSRD), die Horden von Beratern glücklich macht und die deutsche Wirtschaft pro Jahr 1,4 Mrd. Euro kosten wird.

Oder die Idee, mit einem CO2 Grenzzoll (Carbon Border Adjustment Mechanism CBAM) Produkte von außerhalb Europas, zu verteuern. Abgesehen von schwerwiegenden handelspolitischen Vergeltungsmaßnahmen, die solcher Öko-Merkantilismus auslöst, wird das deutsche Unternehmen als Importeur z. B. eines Vorproduktes vom Zulieferer vor die Wahl gestellt: Entweder es übernimmt die sehr aufwendigen CBAM-Einfuhrformalitäten und die Kosten oder die Lieferbeziehung ist beendet.

Auch das Voranpreschen bei der ökologischen Taxonomie, der Vertuierung von Finanzierung, manifestiert sich zunehmend als Damoklesschwert bei der Realisierung von Investitionen. Selbst wenn ein produzierendes Unternehmen State-of the-Art Technologie zur Mi-



nimierung seiner Emissionen einsetzt, wird es zukünftig immer schwerer werden, eine Finanzierung zu erhalten, wenn das eigentliche Produkt in der Logik der Taxonomie nicht nachhaltig ist. Dass der Willkür sowohl hier als auch bei der drohenden Taxonomie nach sozialen Gesichtspunkten Tür und Tor geöffnet sind, befürchten viele Unternehmer völlig zu Recht.

Auch die zum großen Ärger am Ende doch noch verabschiedete europäische Lieferkettenrichtlinie zeugt von unglaublicher Praxisferne. DIE FAMILIENUNTERNEHMER hatten von Anfang an vorgeschlagen, eine sogenannte Safe-Harbour Lösung zu erarbeiten, bei der die EU-Kommission gemeinsam mit dem Know-how von Branchenverbänden Zulieferer aus dem Nicht-EU-Ausland hätten zertifizieren müssen. Ein deutscher Mittelständler hätte dann Produkte von zertifizierten Lieferanten beziehen können, ohne existenzvernichtende Klagen für Sachverhalte beim Lieferanten zu fürchten, die er im Zweifelsfall ohnehin selbst nie durchleuchten kann.

Stattdessen müssen nun hunderttausendfach Lieferbeziehungen überprüft und strafbewehrt dokumentiert werden.

Wir FAMILIENUNTERNEHMER stehen für eine globale Verbesserung der Menschenrechte und einen spürbaren Beitrag zum Klimaschutz. Was aber mit Blick auf die EU so ratlos macht, ist die Unkenntnis betriebswirtschaftlicher Abläufe und das maximale Misstrauen gegenüber europäischen und deutschen Unternehmen, die bei der Ausarbeitung von Regeln zu Tage treten. Beides entwickelt sich mit großem Tempo zum Standortnachteil Europa und manifestiert sich in schwachen Wachstumszahlen in allen industriell geprägten EU Mitgliedsländern.

Kommissionpräsidentin Ursula von der Leyen hat sich dieser Entwicklung in ihrer ersten Amtszeit nicht überzeugend entgegengestellt. Es reicht deshalb nicht, vor einer anti-europäischen Radikalisierung bei der Europawahl zu warnen. Die Europapolitik der nächsten Jahre muss auf einer Politik des business first Ansatz gründen. Denn nur mit einer florierenden Wirtschaft kann Europa seine Ziele erreichen. ■

Isabel Grupp,  
info@plastromayer.de,  
plastromayer.de



*Johannes Dreher, Unternehmensberater, Leiter  
Portfoliomanagement*

# Mahnung an die Politik

Unser Wertesystem, welches wir in Deutschland aufgebaut haben, welches unseren Wohlstand und unsere Freiheit begründet und auf welches wir stolz sein können, befindet sich in ernster Gefahr. Zu den Ursachen gehören die Gefährdung der wirtschaftlichen Grundlagen, das abnehmende Sicherheitsgefühl der Bevölkerung sowie das fehlende Gemeinschaftsgefühl. Die Politik muss, um diese Ursachen wirksam anzugehen, in der Breite bereit sein, die eigenen aktuellen Strukturen, Priorisierungen und Dogmen zu hinterfragen und diese grundlegend anpassen. Der Staat muss sich, von der kommunalen Struktur

bis zu den europäischen Institutionen, auf seine grundlegenden Aufgaben konzentrieren. Dazu zählen ein funktionierendes Bildungssystem, eine (wieder) moderne und zuverlässige Infrastruktur, der Rahmen eines marktwirtschaftlichen Binnenmarktes und die äußere wie die innere Sicherheit. Diese grundlegenden staatlichen Aufgaben sind mit höchstmöglicher Effizienz von den staatlichen Institutionen zu leisten und vorrangig vor weiteren möglichen staatlichen Leistungen zu behandeln. Gleichzeitig müssen der Staat und seine gewählten Vertreterinnen und Vertreter der Bevölkerung eine Eigenverantwortung

sowie eine Planbarkeit zugestehen und ermöglichen.

Wir, die mittelständischen Unternehmer, sehen diese Grundsätze zunehmend schwinden und dadurch unsere wirtschaftliche Existenz, die zahlreichen Arbeitsplätze, unser politisches sowie gesellschaftliches Wertesystem und unsere Sicherheit in sehr ernster und schleichender Gefahr. Wir sind stark darin, uns an die verschiedensten Rahmenbedingungen und Veränderungen anzupassen. Aktuell dürfte diese Anpassungsfähigkeit jedoch (auf längere Sicht) mehr

als ausgereizt sein. Die Notwendigkeit und Entschlossenheit die Rahmenbedingungen zu verändern muss nun einen höheren Stellenwert einnehmen, als der Versuch sich dem schleichenden Untergang bestmöglich anzupassen.

In nahezu jeder politischen Talkrunde wird seit weit über 10 Jahren klar geäußert, dass die staatlichen Vorgaben und Genehmigungsprozesse abgebaut werden müssen. In der Praxis ist kontinuierlich das Gegenteil der Fall, mit exponentiell negativer Wirkung. Besonders stark wird dies in Form der ausufernden europäischen Vorgaben ersichtlich, mit dem Ergebnis einer dramatisch starken Bremswirkung für unser Wirtschaftssystem. Es reicht nicht aus, eine einzelne Vorschrift minimal zu erleichtern – das gesamte System der Bürokratie muss, im Sinne des Allgemeinwohls, in Frage gestellt werden. Konkret lautet dies:

Die Regulatorik muss, in nahezu allen Branchen, auf einen wesentlichen Rahmen beschränkt werden, welcher die Marktwirtschaft stabil hält, dem Gemeinwohl, der Gesundheit oder der Sicherheit dient. Diese klaren und reduzierten Vorschriften müssen dann auch für ausländische Anbieter auf dem europäischen Markt angewandt und in der Praxis deutlicher kontrolliert werden (tiefgehende Stichproben, nicht nur fälschbare Dokumente einfordern und den Papierverbrauch ins Unermessliche steigern). Diese Forderung gilt auch der Europäischen Kommission, welcher offenbar das Verständnis von marktwirtschaftlichen Mechanismen vollständig abhanden gekommen ist.

Vorschriften, welche lediglich von Großkonzernen wirtschaftlich umsetzbar sind, müssen klar unterlassen werden und gegebenenfalls auch klar innerhalb der Europäischen Union (EU) blockiert werden. Hier darf der Erhalt unseres von mittelständischen Unternehmen geprägten Wirtschaftssystems nie als Teil eines einfachen Kompromisses zur Debatte stehen. Das aktuelle Lieferkettengesetz ist lediglich die Spitze der aufgetürmten unpraktikablen Regelwerke und darf in dieser Form keinen Bestand haben.

Die EU als solche ist eine der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Grundlagen geworden. Umso wichtiger ist es, die enormen Fehler dieser starren und unglaublich bürokratischen Struktur mit Pragmatismus, Fortschrittsdenken und konsequentem Handeln (also auch durch politischen Druck) zu reformieren. Dabei sollte eine grundlegende Reform der Entscheidungsprozesse, der Mittelverwendungskontrolle sowie der Verwaltungsstrukturen die oberste Priorität haben, auch um für die Zukunft eine schnelle sowie wirkungsvolle Handlungsfähigkeit zu gewährleisten.

Politische Entscheidungen und Zielsetzungen müssen stets in Kombination mit einer langfristigen Planungssicherheit der Wirtschaft umgesetzt werden und dürfen diese nicht `torpedieren` oder absurd wirken lassen. In einer schnelllebigen Welt ist die Fähigkeit, langfristig zu planen, von unschätzbarem Wert für Privatpersonen und Unternehmen. Auch trägt die aus der Planungsmöglichkeit entstehende Zielorientierung zur Zufriedenheit des Einzelnen bei. Sie ist die Grundlage dafür,

Investitionen zu tätigen, Arbeitsplätze zu sichern und den Bedarf an Produkten decken zu können. Dies gilt auch und gerade für die grundsätzlich richtigen Ziele und Visionen.

Die Staatsform der Demokratie ist, lt. Lehrbuch, durch die grundlegende Macht beim Volke und nicht bei der bürokratischen und juristischen Verwaltungsstruktur definiert. Dies sollten sich auch das Europäische Parlament und die Europäische Kommission wieder bewusst machen.

Im Fazit möchte ich anregen, dass wir uns nicht nur in Detailfragen verzetteln, sondern auch die grundlegende Zielsetzung und Struktur des Verwaltungsrechts, der Regulatorik und der Bürokratie, insbesondere auf europäischer Ebene, dringend überdenken sollten. ■

Johannes Dreher,  
johannes.dreher85@web.de,  
gvs-consulting.de

**Natur. Stein.**  
**Nachhaltiger geht kaum.**

Häcker fliest und verlegt \*  
durch staatlich ausgebildete Fachkräfte

Naturstein ist beständig und zeitlos schön. Das macht ihn so nachhaltig und einzigartig, auch für Ihr Projekt. Sprechen Sie mit uns.

Schausonntag an jedem ersten Sonntag des Monats von 11:00 – 17:00 Uhr.

Telefon 07044 90090  
www.haecker-stein.de

**Häcker**

FLIESEN & NATURSTEIN

Leonberger Straße 74, 71287 Weissach

# Europas Zukunft sichern



*Prof. Dr. Wolfgang Reinhart Mdl,  
Landtagsvizepräsident und Europaminister a.D.*

Militärische Konflikte, steigender globaler Wettbewerbsdruck, technologischer Fortschritt und irreguläre Migration sowie die Auswirkungen des Klimawandels und der Energiewende stellen Gesellschaft, Wirtschaft und Politik in Europa und in Deutschland auf eine Bewährungsprobe. Für eine gute Zukunft, gerade für Baden-Württemberg als Exportland, als geografische Mitte und ökonomisches Herz des Kontinents, braucht es aber ein starkes und sicheres Europa – ein Europa der Zuversicht, Stabilität und der Innovation.

Die Europawahlen am 09. Juni sind vor dem Hintergrund wichtiger denn je. Zum einen wird es darum gehen, dass sich die demokratischen Parteien gegenüber den zunehmenden populistischen, hellblauen und braunen Strömungen, den Putinverstehern des BSW, den Apokalyptikern der „Letzen Generation“ sowie sonstigen mehr oder weniger radikal eingestellten Splitterparteien, für die in Deutschland keine 5-Prozent-Klausel gilt, behaupten können.

Zum anderen wird die Zukunft Europas aber auch davon abhängen, ob es gelingt, die richtigen Weichenstellungen hin zu einer technologieoffenen Wirtschaftspolitik vorzunehmen. Wir befinden uns in einem Zeitalter der Transformation, die „3D“ – Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung – werden über Dekaden hinweg die

Megatrends des gesellschaftlichen Wandels sein. Wo die Reise hingeht und ob wir auch künftig die erste Geige im Orchester oder nur noch die Triangel spielen werden hinter den USA und China, hängt maßgeblich davon ab, ob wir es schaffen, unsere Standortfaktoren zu sichern und damit unsere Standortattraktivität zu erhalten.

Ein Negativbeispiel dafür, wie es nicht laufen sollte, liefert das europäische CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichssystem (CBAM), das sich im Skurrilitäten-Ranking der Bürokratisierung in kurzer Zeit einen der vordersten Plätze gesichert hat: Sobald beispielsweise ein Unternehmen aus einem Drittstaat für 150 Euro Schrauben einkauft, muss es demnach entsprechende CO<sub>2</sub>-Zertifikate erwerben. Dazu muss es sich jedoch als CBAM-Importeur registrieren und über 200 Datenfelder fristgerecht ausfüllen. Dass der Schwäbische Motorsägenhersteller Stihl mittlerweile laut über eine Produktionsverlagerung in die Schweiz nachdenkt, da dort trotz höchster Lohnkosten die Gesamtproduktionskosten signifikant niedriger sind als beim Bürokratie-, Steuer- und Energiekosten-Mix hierzulande, zeigt die fließenden Grenzübergänge zwischen Satirik und Dramatik auf.

Wir sollten deshalb nicht vergessen, wo wir herkommen und wo wir künftig hinwollen. „Europa – es war ein Traum von wenigen, wurde eine Hoffnung für viele und ist eine Notwendig-

keit für alle“. Diese Worte sind heute so aktuell wie damals, als der erste Bundeskanzler Konrad Adenauer sie zu seinem französischen Amtskollegen Charles de Gaulle gesagt haben soll. Denn die EU steht wie kein anderer supranationaler Staatenbund auf dieser Welt für Frieden und Freiheit. Die rund 400 Städtepartnerschaften, die baden-württembergische Kommunen allein mit Frankreich pflegen, belegen eindrucksvoll, wie auf der Idee der Aussöhnung nach zwei schlimmen Weltkriegen mit fast 100 Millionen Toten im letzten Jahrhundert aus Feinden auch Freunde werden können.

Russlands Angriffskrieg auf die Ukraine hat uns allerdings auf dramatische Art und Weise die Fragilität des Friedensprojekts Europa vor Augen geführt. Auch die Ukraine und Moldau gehören zur europäischen Familie, was kürzlich bei der Parlamentarierkonferenz der EU-Donauraumstrategie in Wien erst wieder deutlich gemacht wurde. Deshalb geht es in der Ukraine auch um unsere europäischen Werte, zuvörderst um die Verteidigung der Demokratie gegen die Autokratie. Denn die Grundlage der gemeinsamen, erfolgreichen Wirtschaftspolitik als



Quelle unseres heutigen Wohlstands ist das gemeinsame europäische Wertefundament, das auf der Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit basiert. Mit Extremismus, Nationalismus, Populismus und Protektionismus werden wir die Zukunft deshalb nicht gewinnen können. ■

Prof. Dr. Wolfgang Reinhart MdL,  
[wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de](mailto:wolfgang.reinhart@cdu.landtag-bw.de)

„Gerade jetzt geht es um Demokratie gegen Autokratie“, hat Landtagsvizepräsident und Europaminister a.D. Professor Dr. Wolfgang Reinhart – hier im Bild mit dem EU-Haushaltskommissar Johannes Hahn und dem Präsidenten des österreichischen Nationalrats Wolfgang Sobotka – bei der Parlamentarierkonferenz der EU-Donauraumstrategie in Wien in seinem Konferenzbeitrag hervorgehoben.

**Wiesbauer-Alukrane**  
 Die kompakten Mietkrane  
 als Anhänger- oder LKW-  
 Kran zum selbst bedienen.

**Firmenzentrale**  
 Wiesbauer GmbH & Co. KG  
 Laienstraße 35  
 74321 Bietigheim-Bissingen  
 Tel. 07142.9760-0  
 Fax 07142.9760-90

**www.wiesbauer-krane.de**  
 Autokrane · Schwertransporte · Montagen · Spezialfahrzeuge

Stuttgart	Tel. 0711.70091-95	Neckarsulm	Tel. 07132.34136-0
Schwaikheim	Tel. 07195.59999-27	Plankstadt	Tel. 06202.97860-36

# Europa – einst und heute

## Gedanken zur Europawahl



*Dipl.-Ing. Christian Bangert, Beisitzer im MIT Bundes- und Landesvorstand, Kreisvorsitzender KV Ravensburg*

Den Begriff EU kennt fast jeder. Hinter dieser Abkürzung verbirgt sich die Europäische Union. Der am 1. November 1993 in Maastricht (Niederlande) gegründete Verbund umfasst aktuell 27 Mitgliedsstaaten, zu denen insgesamt mehr als eine halbe Milliarde Einwohner zählen. Doch warum wurde die EU überhaupt gegründet?

Die Gründung und Entstehung der EU basierten auf den Ereignissen und dem Schrecken des Zweiten Weltkriegs (von 1939 bis 1945). Bereits im Jahr 1946 rief der ehemalige britische Premierminister Winston Churchill zur Gründung der Vereinigten Staaten von Europa auf. Damit wollte er die dauerhafte Erhaltung des Friedens in Europa sicherstellen. Nach zwei jahrelangen Weltkriegen und dem zu diesem Zeitpunkt bereits beginnenden Ost-West-Konflikt

ging es Churchill vor allem darum, einen Gegenpol zur Sowjetunion zu schaffen.

Dank des Marshallplans gab es 1948 ein groß angelegtes Konjunkturprogramm der Vereinigten Staaten von Amerika, um Westeuropa und die USA bei den Auswirkungen des Zweiten Weltkrieges mit Geld sowie

Rohstoffen und Lebensmitteln zu unterstützen. Insgesamt war der Marshallplan ein 13,12-Milliarden-Dollar-Projekt, das in den Jahren zwischen 1948 und 1952 bedürftigen Staaten der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit, kurz OECD, finanzielle Hilfe bot.

1949 gründeten zehn europäische Staaten den Europarat mit dem Ziel, Frieden, Demokratie und Wohlstand in Europa zu sichern und zu fördern. Auch wenn die Mitgliedsstaaten eng zusammenarbeiteten, so lehnten sie eine Übertragung der Souveränität auf den Europarat kategorisch ab.

Im Jahr 1957 gründeten Deutschland, Italien, Belgien, Frankreich, die Niederlande und Luxemburg die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), aus der die Europäische Gemeinschaft (EG) und somit die spätere Europäische Union mit Inkrafttreten des 1993 in Maastricht unterzeichneten Vertrages hervorging. Die finale Konstitution der heutigen EU zeichnete sich mehr und mehr ab. Die Mitgliedsstaaten einigten sich auf diverse Regularien in den Bereichen Justiz-, Innen- und Außen- sowie Sicherheitspolitik.

Die EU vergrößerte sich mit der Zeit von den anfänglichen 6 Gründungsstaaten bis heute auf 27 Mitgliedstaaten. Nachdem sie 1993 von Deutschland, Frankreich, Belgien, Italien, den Niederlanden und Luxemburg gegründet worden war, schlossen sich 1973 Dänemark, Großbritannien (2021 ausgetreten) und Irland der Union an. In den 80er Jahren folgten Griechenland, Portugal und Spanien.

Nach Finnland, Österreich und Schweden, die 1995 der EU beitraten, folgte 2004 mit 10 Ländern gleichzeitig der größte Zuwachs. Dazu gehörten Estland, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien sowie Tschechien, Zypern und Ungarn. 2007 traten Bulgarien und Rumänien der Europäischen Union bei. Das Schlusslicht der beigetretenen Länder bil-

**SIEBFABRIK**  
Die Gewebe-Spezialisten

## Sicherer Prozess durch sichere Siebe

Wir weben aus Leidenschaft. Für Siebe, die absolut prozesssicher und wirtschaftlich laufen. Fehlerfrei. Weltweit. In vielen Branchen erfüllen unsere Gewebe aus Metallen und Kunststoffen sowie unsere Rundsiebzyylinder höchste Leistungsanforderungen. Maschengenau. In jeder Feinheit. Der Stoff für Ihren Erfolg.

[www.siebfabrik.de](http://www.siebfabrik.de)

det Kroatien. Insgesamt zählt die EU aktuell etwa 508.190.000 Einwohner.

### Die Europäische Union verfolgt mehrere Ziele und Werte

Zu ihren Zielen gehören die Förderung des Friedens, der europäischen Werte und des Wohlergehens ihrer Bürgerinnen und Bürger. Weitere Ziele sind die Freiheit, Sicherheit und die Rechtsstaatlichkeit der Mitglieder ohne Binnengrenzen sowie die Eindämmung sozialer Ungerechtigkeit und die Stärkung des wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalts und Solidarität zwischen allen Mitgliedsstaaten. Die EU agiert als gemeinschaftliche Wirtschafts- und Währungsunion, deren Währung seit 2002 der Euro ist.

Mit Beitritt in die Europäische Union stimmt jedes Land zu, die Werte der EU zu verfolgen und zu teilen. Zu den wichtigsten Werten der Union zählen die unantastbare Würde des Menschen, die Meinungs- und Informations- und Reisefreiheit aller Bürgerinnen und Bürger der EU sowie die Einhaltung der demokratischen Rechtsform. Weiterhin besagen die Werte der Union, dass alle Männer und Frauen gleichgestellt sind und das Recht auf Freiheit von Diskriminierung aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Rasse, ihrer Religion, ihrer sexuellen Ausrichtung oder ihrer ethnischen Herkunft besitzen.

Zuletzt wurde der Euro zum 1. Januar 2023 in Kroatien eingeführt.

Polen, Bulgarien, Rumänien, Schweden, die Tschechische Republik und Ungarn haben noch keinen festen Termin für die Einführung des Euro festgelegt. Dänemark hingegen hat sich entschieden, den Euro nicht zu übernehmen.

So weit so gut. Historie ist das eine, Gegenwart und Zukunft das andere.

Es fehlt der europäische Zusammenhalt. Dies macht sich an vielen Punkten bemerkbar, ähnlich dem Föderalismus in Deutschland.

### Totalversagen in der Flüchtlingspolitik

Hier ist es nicht gelungen die Schlepperindustrie auszutrocknen. Ebenso ist es nicht gelungen, dass die demokratischen Staaten

ihre stillschweigende Kollaboration mit Gewaltherrschern aller Art beenden. Die versuchen bekanntlich, ihre verarmende Überschussbevölkerung als Flüchtlinge loszuwerden, um auf diese Weise leichteres Spiel zu haben. Es wäre zudem eine humanitäre Pflicht, die sinnlosen Bombenkampagnen aktiv zu verurteilen, mit denen unsere Verbündeten aus irgendwelchen frivolen Gründen die staatlichen Strukturen im Nahen Osten und anderswo zerschlagen. Nicht selten ist das mit der Erwartung verbunden, dass die davon ausgelösten Flüchtlingswellen von »Europa«, in Gestalt von Deutschland, absorbiert werden – was im Ergebnis auch auf Beihilfe hinausläuft. Kein gemeinsames Konzept für Flüchtlinge.

Explodierende Bürokratie lähmt nicht nur den Mittelstand jeden Tag zunehmend, bis die Atmung stillsteht, sondern jeden einzelnen Bürger in Europa in allem, was er tut oder noch vorhat.

### Europäisches Parlament behindert sich selbst

Es gibt keine Opposition – es gibt keine zwei Blöcke. Auf nationaler Ebene wird die Opposition regelmäßig von der Regierungsmehrheit überstimmt und ist gerade deshalb eine glaubwürdige politische Alternative. Die Gegensätze zwischen den Parteien zeigen sich nur im Voraus, wenn hinter den Kulissen über die Formulierung der Beschlüsse diskutiert wird, nicht bei der Abstimmung selbst. Dadurch aber müssen zuletzt auch alle großen Fraktionen die Entscheidungen mitverantworten – und schon gibt es nur noch

eine politische Linie „des Parlaments“, nicht mehr eine für jede Partei.

Die Zersplitterung des Parlaments und insbesondere die große Zahl fraktionsloser Abgeordneter sind natürlich eine Folge des Wahlrechts. Dadurch, dass die Europawahlen auf nationaler Ebene stattfinden, werden immer wieder Abgeordnete gewählt, die gar nicht in europaweiten Parteien organisiert sind und auch keine eigene europapolitische Agenda haben, die es ihnen erlauben würde, sich in einer Fraktion mit Parlamentariern anderer Länder zusammenzuschließen – ein Problem, das das deutsche Bundesverfassungsgericht vor einigen Monaten übrigens noch unnötig vergrößerte, als es die Fünfprozentklausel im deutschen Europawahlgesetz abschaffte und damit die Tür zum Europaparlament auch für Kleinstparteien öffnete, denen es den Zugang zum Deutschen Bundestag mit gutem Grund verwehrt. Dadurch ist eine Konsenspolitik nicht möglich.

Der Aufbau des Parlaments – in seiner Struktur und in seiner Organisation – muss zwingend überarbeitet werden.

Europa ist aus wirtschaftlicher und bürgerlicher Sicht absolut notwendig. Möglicherweise wird das Wahlergebnis in Amerika dazu führen, dass Europa noch sehr viel enger zusammenrücken muss. Deshalb ist es wichtig, sich der Europawahl zu stellen und aktiv die Probleme anzugehen. Auch hier gilt, wie es im Deutschen Bundestag auch sein sollte: weniger ist mehr. ■

Dipl.-Ing. Christian Bangert,  
christian.bangert@mit-ravensburg.de,  
mit-rv.de

**Geltz**  
Umwelt-Technologie



*Cleverere Lösungen für Ihre Abfälle*

peter.mueller@geltz.com

Kerschensteinerstr. 6 ♦ 75417 Mühlacker  
Tel. (07041) - 829910-0 ♦ Fax: (07041) - 829910-27  
www.geltz.com

## Ihr Entsorgungs-Profi

wir entsorgen fachgerecht :



- ▶ galv. Bäder und Spülen
- ▶ Beizen und Metallsalzlösungen
- ▶ Säuren und Laugen
- ▶ Öle, Emulsionen und Öl-Wasser-Gemische
- ▶ Benzine, Verdünnungen, Lösemittel
- ▶ Chemikalienreste und Laborchemie

# Das digitale Dilemma der Europäischen Union



Dietrich Eberhardt, IT-Strategieberater, Besitzer im MIT-Landesvorstand und Kreisvorsitzender der MIT Lörrach

In einer Ära, in der die digitale Wirtschaft den Ton angibt, findet sich Europa oft in einer Position des Nachzüglers wieder. Trotz seiner wirtschaftlichen Größe und seines technologischen Potenzials steht der Kontinent vor Herausforderungen, die seine Wettbewerbsfähigkeit in der digitalen Welt beeinträchtigen. Eine Reihe von Gründen trägt zu diesem Rückstand bei, die sowohl struktureller als auch politischer Natur sind und schnelle Nachbesserungen auf allen Ebenen des Wirtschaftsraums erfordern.

## Europa verliert Marktanteile im IKT-Sektor

In den letzten 10 Jahren hat die Europäische Union einen bedeutenden Rückgang ihrer Marktanteile im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) erlebt. 2023 berichtete die Europäische Kommission, dass der Anteil der EU am globalen IKT-Markt von 28,1 Prozent im Jahr 2013 auf 11,3 Prozent im Jahr 2022 gesunken

ist. Diese Entwicklung wirft Fragen zur Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft der EU auf und verdeutlicht die Herausforderungen, denen die europäische Digitalwirtschaft gegenübersteht. Laut dem „European Information Technology Observatory“ (EITO) hat die EU in den letzten 10 Jahren große Marktanteile im globalen IKT-Sektor verloren. Obwohl sie nach wie vor eine bedeutende Rolle im weltweiten Digital-Markt hat, bauen andere Regionen wie die USA und China ihren Vorsprung stetig aus. Die Analyse des IT Branchenverbands Bitkom e.V. verdeutlicht es. Mit 37,5 Prozent der Investitionen und weiterer Ausgaben für IT und Telekommunikation liegen die USA an erster Stelle gefolgt von China mit 11,6 Prozent. Dahinter folgt Japan mit 4,9 Prozent. Großbritannien hat mittlerweile Deutschland überholt und liegt

## Das Besondere ist unsere Stärke



Unser Unternehmen ist im Bereich des Sondermaschinenbaus auf die Fertigung von Prototypen und Serien für verschiedenste Anwendungsbereiche des Stahlbaus spezialisiert. Im Fräsbereich bearbeiten wir Schweißkonstruktionen für sämtliche Industriezweige.

Präzision und Bearbeitungsqualität sind nicht nur das Anforderungsprofil unserer Kunden, sondern vor allem der Anspruch unseres Unternehmens.



Fräsen einer Linearführung an einem Ausleger

Fräsen und Schweißen von Maschinenteilen bis zu Abmaßen von

x= 10.000 mm  
y= 3.000 mm  
z= 1.500 mm

Montagefertige Herstellung von Maschinenteilen bis 10t.

Wir freuen uns auf Ihre Anfrage.

**BROBEIL**  
maschinenbau

Brobeil GmbH&CoKG · Maschinenbau · Wolfgrubenstraße 7 · 88525 Heudorf · Tel 07371/9536-0 · www.brobeil-maschinenbau.de

mit 0,3 Prozentpunkten Vorsprung auf Platz 4. Angesichts dieser Zahlen müssen die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten mehr für digitale Technologien und die europäische Wettbewerbsfähigkeit tun.

---

### Marktfragmentierung

---

Eine der Hauptursachen für Europas digitale Rückständigkeit ist die fragmentierte Natur seines Marktes. Im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten und China, wo große einheitliche Märkte existieren, ist Europa durch nationale Grenzen und unterschiedliche regulatorische Rahmenbedingungen zersplittert. Dies führt zu einem Mangel an Skaleneffekten für europäische Unternehmen und behindert die Entstehung von europäischen Tech-Giganten, die mit den globalen Playern konkurrieren könnten.

---

### Investitionsvolumen für Forschung und Entwicklung

---

Trotz aller Anstrengungen leidet Europa unter einem Mangel an Investitionen in Forschung und Entwicklung im digitalen Bereich im Vergleich zu seinen globalen Konkurrenten. Während Unternehmen in den USA und China beträchtliche Mittel in die Entwicklung neuer Technologien und Geschäftsmodelle investieren, fiel Europa lange zurück. Dies liegt unter anderem an einem weniger risikobereiten Investitionsumfeld und einer konservativeren Unternehmenskultur, die innovative Experimente häufig behindert und oft durch politische Strukturen noch verschlimmert wird.

---

### Rückgang bei standardessentiellen Patenten

---

Standardessentielle Patente schützen Technologien, die für die Anwendung eines internationalen technischen Standards notwendig sind. Gerade in der Digitalwirtschaft, insbesondere

in der Telekommunikation, spielen sie wegen ihres weltweiten Einsatzes eine gewichtige Rolle. Ohne den Zugang zu den patentgeschützten Technologien hätten andere Unternehmen keinen Zugang zum Weltmarkt. Deshalb müssen diese Patente zu fairen Lizenzpreisen verfügbar sein. Sie sind aber oft die Ursache für innovationshemmende Patentkriege und können Entwicklung neuer Produkte und Verfahren finanziell erschweren. Ein Beispiel dafür stellt der Patentkrieg zwischen dem deutschen Router-Hersteller AVM, der die weit verbreiteten „Fritz!boxen“ herstellt und dem chinesischen Technologiekonzern Huawei dar. Erst kürzlich haben sich die beiden Unternehmen außergerichtlich geeinigt. Sonst hätte AVM seine neuen Router-Modelle nicht mehr vermarkten können. Seit Jahren hat Europa einen Rückgang bei der Registrierung von sogenannten standardessentiellen Patenten verzeichnet, was Bedenken hinsichtlich seiner Wettbewerbsfähigkeit und Innovationskraft auf dem globalen Markt aufwirft. Große Technologieunternehmen, insbesondere aus den USA und Asien, haben in den letzten Jahren verstärkt ihre Patentaktivitäten in Europa ausgebaut und dadurch ihre Technologieführerschaft im europäischen Wirtschaftsraum gestärkt. Hinzu kommt, dass die Anmeldung und Aufrechterhaltung von Patenten in Europa im Vergleich zu seinen Wettbewerbsregionen komplexer und kostspieliger ist. Deshalb scheuen sich viele Unternehmen, vor allem die mittelständischen Betriebe und Start-Ups, solche standardessentiellen Patente in ihre Produkte zu integrieren oder gar selbst anzumelden, insbesondere wenn sie noch nicht sicher sind, wie diese Patente in Zukunft genutzt werden könnten. Eine weitere Hürde bringt die Fragmentierung des europäischen Patentwesens mit sich. Das Nebeneinander von nationalen Patenten und dem Europäischen Patent erschwert zusätzlich die Patentregistrierung und kann zu Rechtsunsicherheiten führen. Dies stellt vor allem für die kleinen oder mittelständischen Unternehmen einen massiven Wettbewerbsnachteil beim Absatz ihrer innovativen Produkte auf dem Weltmarkt dar.

---

### Digitale Infrastruktur

---

Europäische Cloud-Anbieter stehen vor erheblichen Herausforderungen, die es ihnen schwer machen, international mit Branchenriesen wie Amazon Web Services (AWS), Microsoft Azure und Google Cloud Platform (GCP) zu konkurrieren. Diese haben über Jahre hinweg massive Investitionen in ihre Cloud-Infrastruktur getätigt und von enormen Skaleneffekten profitiert. Dadurch können sie ihre Dienste zu niedrigeren Preisen anbieten und gleichzeitig eine hohe Leistung und Zuverlässigkeit gewährleisten. Europäische Anbieter haben Schwierigkeiten, mit dieser Infrastruktur und den damit verbundenen Kostenvorteilen Schritt zu halten. Zudem bringen sie regelmäßig neue Produkte und Dienstleistungen auf den Markt, die auf die sich wandelnden Bedürfnisse der Kunden zugeschnitten sind. Oft kämpfen europäische Unternehmen kämpfen damit, um mit dieser Geschwindigkeit Schritt zu halten zu können und sind daher langsamer bei der Einführung neuer Technologien und Funktionen.

---

### Hohe Energiepreise

---

Die Erforschung und Entwicklung sowie der Betrieb von neuen Technologien in der Digitalwirtschaft erfordert erhebliche Energieressourcen, sei es für die Simulation komplexer Algorithmen, das Training von KI-Modellen oder die Entwicklung neuer Softwarelösungen. Eine wettbewerbsfähige Digitalwirtschaft benötigt jedoch leistungsfähige und zuverlässige Infrastrukturen. Dies sind zum Beispiel Breitbandnetze, Mobilfunknetze, Knotenpunkte und Rechenzentren, die sowohl für den Unternehmens- als auch den Privatsektor einfach und kostengünstig zugänglich sein müssen. Dies ist eine wesentliche Grundlage für die rapide zunehmenden Cloud-Services, die mittlerweile eine Schlüsselrolle im digitalen Wirtschaftsleben eingenommen haben. Obwohl die Technik in diesem Bereich immer energiesparender wird, erhöhen die inzwischen massiv angestiegenen Strompreise die

Betriebskosten vieler europäischer Anbieter und setzen sie beträchtlichen Wettbewerbsnachteilen aus, was zu einer Unternehmensabwanderung in Länder mit niedrigeren Stromkosten führen kann.

---

### Fachkräftemangel

---

In den letzten Jahren hat Europa einen alarmierenden Trend verzeichnet: eine verstärkte Abwanderung von IT-Fachkräften aus der Europäischen Union. Die beliebtesten Zielländer sind die Schweiz, die USA, Kanada oder Großbritannien. Viele IT-Spezialisten sehen dort bessere Möglichkeiten, ihre Karriere voranzutreiben, sei es durch attraktivere Gehälter, spannendere Projekte oder schnellere Aufstiegschancen.

#### Regulierung

Europa hat sich in den letzten Jahren als Vorreiter in der Regulierung der digitalen Wirtschaft positioniert und setzt auf eine Reihe von Gesetzen und Vorschriften, um Fairness, Datenschutz und Wettbewerbsgleichheit zu fördern. Viele dieser Regulierungen werden noch in den EU-Mitglieds-

ländern unterschiedlich ausgelegt und oft auch noch verschärft. Während Regulierung wichtig ist, um die Privatsphäre zu schützen und fairen Wettbewerb zu gewährleisten, kann eine übermäßige Regulierung auch Innovationen behindern. Die EU hat sich oft durch langsame Entscheidungsfindung und komplexe bürokratische Prozesse ausgezeichnet, die es schwierig machen, schnell auf Veränderungen im digitalen Umfeld zu reagieren.

---

### Die EU muss jetzt ihre Chancen ergreifen

---

Trotz dieser Herausforderungen gibt es jedoch auch einen Hoffnungsschimmer. Europa investiert zunehmend in die Förderung von Innovation und den digitalen Wandel durch Programme wie „Horizon Europe“ und das „Digital Europe Programme“. Letzteres ist im langfristigen EU-Haushalt 2021-2027 mit der beachtlichen Budgetsumme von 8,2 Milliarden Euro ausgestattet und stellt eine gute Grundlage dar, den digitalen Sektor in Europa zu stärken. Im Wesent-

lichen beinhaltet das Programm die Schwerpunkte Supercomputing, Künstliche Intelligenz und Cybersicherheit. Darin enthalten ist auch das „European Digital Innovation Hub-Netzwerk“, das darauf abzielt, Innovationen zu fördern und Unternehmen bei deren Realisierung zu unterstützen. Dies erfordert aber eine noch engere Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten, um den digitalen Binnenmarkt zu stärken und einheitliche Standards für Unternehmen und Gesellschaft zu schaffen. Unbedingt sollte die EU dabei auf eine ausgewogene Digitalgesetzgebung achten, die europaweit in gleicher Weise angewendet wird. Dies kann zukünftig einen Wettbewerbsvorteil darstellen, weil die Förderung von Datenschutz, fairem Wettbewerb, gerechter Besteuerung, Innovation und Vertrauen nicht nur den Bedürfnissen der Verbraucher gerecht wird, sondern auch die Unternehmen dabei unterstützt, erfolgreich zu sein und zu wachsen. ■

Dietrich Eberhardt,  
[dietrich.eberhardt@itrc.de](mailto:dietrich.eberhardt@itrc.de)



**Der Arbeitgeber deiner Zukunft.**

[www.autenrieth-kunststofftechnik.de](http://www.autenrieth-kunststofftechnik.de)

**Autenrieth.**  
kunststofftechnik

**Arbeitgeber der Zukunft**  
Digital, innovativ, modern  
14 Merkmale für den Erfolg  
Unternehmen

# Für Sie ins Europaparlament

Die Kandidaten der MIT Baden-Württemberg für die Europawahl am 09. Juni 2024



Daniel Caspary MdEP  
Listenplatz 2



Louis F. Krahn  
Listenplatz E12



Dr. Andreas Schwab MdEP  
Listenplatz 3

Seit meiner ersten Wahl ins Europäische Parlament setze ich mich massiv für unseren Mittelstand ein: sei es bei der laufenden Gesetzgebung, bei Gesprächen mit Bürgerschaft und Nichtregierungsorganisationen oder zuletzt, als wir als CDU/CSU-Gruppe durchgesetzt haben, die Stelle des EU-Mittelstandsbeauftragten endlich zu besetzen. Nur wenn wir hinter unserem Mittelstand stehen und die berechtigten Anliegen aufgreifen, können wir Europa weiter wettbewerbsfähig machen und im globalen Wettbewerb mithalten.

Als freiwilliger Feuerwehrmann setze ich mich in meiner Freizeit für unsere Sicherheit ein. Als Autor mangelt es mir nicht an Kreativität. Als Jurist weiß ich, was sich umsetzen lässt. Als Bürger will ich auf einem freien und wohlhabenden Kontinent leben. Ich setze mich für eine Ausweitung des freien Markts, eine Förderung von kleinen und mittelständigen Unternehmen und eine intensive Entbürokratisierung des europäischen Systems ein. Wir brauchen ein einheitliches Zivilrecht und ein Ende der Regelungssplitterung innerhalb Europas. Der freie Markt ist essenziell für unsere Wirtschaft. Wir müssen verhindern, dass Linke und Grüne unseren Wohlstand und unser Europa im Namen ihrer realitätsfernen Ideologie zerstören.

Seit 2004 setze ich mich für die Belange der Bürgerinnen und Bürger in Südbaden im Europäischen Parlament ein. Als Koordinator der EVP-Fraktion im Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz arbeite ich daran, dass Wettbewerb auch im digitalen Raum stattfinden kann und große Konzerne ihre Marktmacht nicht missbrauchen. Für das Europäische Parlament habe ich das *Gesetz über digitale Märkte* verhandelt, das die soziale Marktwirtschaft auch im digitalen Markt einführt. In Südbaden erleben wir in der Grenzregion zu Frankreich und der Schweiz weiterhin täglich Hürden in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Deshalb müssen wir den Binnenmarkt digitalisieren, grenzüberschreitende Dienstleistungen vereinfachen und so Bürokratie abbauen.



Angela Schweizer  
Listenplatz E15



Prof. Dr. Andrea Wechsler  
Listenplatz 1



Rainer Wieland,  
Vizepräsident des Europäischen Parlaments, MdEP  
Listenplatz 5

Der Mittelstand in Baden-Württemberg hat in einzigartiger Weise alle unsere Lebensbereiche geprägt, da die Familien und Handwerksbetriebe mit ihrer Beständigkeit, Qualität und Innovationskraft nicht nur unseren Wohlstand geschaffen haben, sondern sich auch noch nebenbei in Kultur, Kunst, Bildung, Sport und Vereinen in unseren Heimatorten engagieren. Damit sich die Erfolgsgeschichte des Mittelstandes fortsetzt, möchte ich mich für einen Aktionsplan zur Regulierung der regulatorischen Belastung für neue und laufende EU-Initiativen einsetzen sowie dafür, dass die Berichtspflichten für Unternehmen weitmöglichst zusammengefasst werden. Für besonders wichtig halte ich auch, dass neue Gesetze 1:1 ins nationale Recht umgesetzt und nicht noch durch landesrechtliche Vorgaben verschärft werden.

Liebe Mitglieder der MIT, für die Europawahl 2024 kandidiere ich als Spitzenkandidatin der CDU Baden-Württemberg.

Als überzeugte Europäerin verstehe ich mich als Vertreterin Ihrer Interessen im Europäischen Parlament. Dabei verfolge ich das Ziel, Europa als Friedens-, Sicherheits- und Wohlstandsgaranten zu stärken.

Mein Kernanliegen ist darüber hinaus eine transparente, entbürokratisierte und bürgernahe EU, die Wohlstand sichert und den europäischen Binnenmarkt als unsere Lebensader stärkt. Mit meinen beruflichen Erfahrungen in Wirtschaft und Wissenschaft fühle ich mich für die Herausforderungen im Europäischen Parlament bestens gewappnet.

Ich lade Sie herzlich ein, auf mich zuzukommen unter [www.andrea-wechsler.de](http://www.andrea-wechsler.de).

Ihre  
Dr. Andrea Wechsler

Mein Name ist Rainer Wieland und ich komme aus Gerlingen im Landkreis Ludwigsburg. Ich bin seit vielen Jahren MIT-Mitglied, stamme aus einem Selbständigen-Haushalt und bin als Rechtsanwalt gelernter Freiberufler. Ich gehöre seit 27 Jahren dem Europäischen Parlament an und bin davon seit 15 Jahren Vizepräsident. Die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen ist bereits durch hohe Energiepreise, Fachkräftemangel und hohe Bürokratielast deutlich sichtbar unter Druck. Unsere KMUs sind das Rückgrat unserer Wirtschaft und haben unsere Unterstützung mehr als verdient. Mit der Ernennung von Markus Pieper zum KMU-Beauftragten in der Europäischen Kommission bekommt die KMU-Politik endlich ein Gesicht. Mit ihm gemeinsam werden wir das Thema „Bürokratie“ nicht nur praxisrelevanter und -tauglicher adressieren, sondern auch ebenenübergreifend besser dafür sorgen, dass Europäisches Recht in der Umsetzung „aufgesattelt“ wird.



- Technische Kunststoffteile in Perfektion -  
Tiefziehteile aus thermoplastischen Kunststoffen

**Kunststoffe Eberwein GmbH**

Bonholzstraße 22 - 71111 Waldenbuch - Tel: 07157 8087 - Fax: 07157 8710  
[www.kunststoffe-eberwein.de](http://www.kunststoffe-eberwein.de) [info@kunststoffe-eberwein.de](mailto:info@kunststoffe-eberwein.de)



[https://whatsapp.com/  
channel/0029VaRSbH9LCoX8H1VVdd2X](https://whatsapp.com/channel/0029VaRSbH9LCoX8H1VVdd2X)

# MIT fragt ...

... die MIT-Europakandidaten antworten

**1. Wie kann die EU sicherstellen, dass sie über ausreichende Mengen an systemkritischen Rohstoffen verfügt?**



**Daniel Caspary MdEP**

Die EU muss den Unternehmen helfen, ihre Lieferquellen zu diversifizieren und gleichzeitig die Kreislaufwirtschaft stärken.



**Louis Krahn**

Wir müssen mit ressourcenreichen Demokratien, wie Australien, Handelsabkommen abschließen und mit einer europäischen Marine die Seewege sichern.



**Dr. Andreas Schwab MdEP**

Mittelfristig müssen wir eine Energieunion schaffen, die sich nicht erpressbar machen lässt und auf grüne Technologien wie Wasserstoff zurückgreift. Dabei glaube ich an die Innovationskraft in Europa und die Macht des Marktes.



**Angela Schweizer**

Diversifizierung der Einfuhren in die EU, Verbesserung der Kreislaufwirtschaft und vor allem Förderung der lokalen Gewinnung und Verarbeitung.



**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Als CDU setzen wir uns dafür ein, dass unsere Unternehmen die besten Rahmenbedingungen erhalten. Dazu gehört auch die Reduktion der Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen. Unser

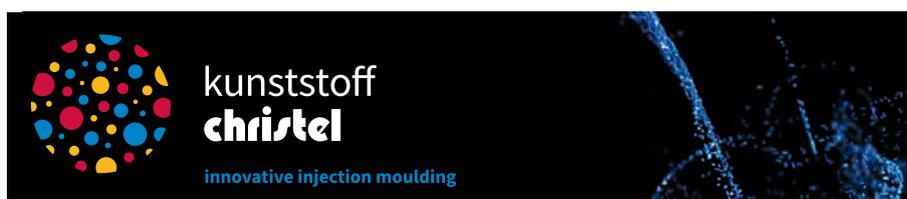
Ziel ist daher Rohstoffpartnerschaften mit verlässlichen Partnern. Ein weiteres Kernelement ist auch das Recycling über den Schluss von Stoffkreisläufen.



**Rainer Wieland MdEP**

Mehr Abkommen mit verlässlichen Partnern und Märkten sind der Schlüssel zur Unabhängigkeit.

**2. Wie stehen Sie zu einem gemeinsamen europäischen Energiemarkt auch für Endverbraucher? Wie kann die EU zu bezahlbaren Energiekosten in Baden-Württemberg beitragen?**



## Spritzguss-Lösungen in Premium Qualität für besondere Ansprüche.

Medizintechnik | Automotive | Haustechnik | Analytik

### Zertifizierte Fertigung im Reinraum für die Medizintechnik

Als Premiumhersteller für Kunststoff-Spritzgussteile verfügen wir über einen Reinraum Klasse 7 und garantieren höchste Kundenzufriedenheit.

Besuchen Sie uns auf:    

Kunststoff Christel GmbH & Co. KG | Carl-Friedrich-Benz-Str. 6 | 78073 Bad Dürkheim | [www.kunststoff-christel.de](http://www.kunststoff-christel.de)



**Daniel Caspary MdEP**

Ein gemeinsamer Energiemarkt fördert Wettbewerb und senkt Kosten. Wir brauchen ihn also dringend!



**Louis Krahn**

Das europäische Stromnetz sichert jetzt schon unsere Versorgung, nach der de-saströsen Energiepolitik der letzten Jahre. Der einzige Weg Energiekosten zu senken, ist die Atom-, Solar- und Windenergie in Baden-Württemberg auszubauen.



**Dr. Andreas Schwab MdEP**

Wir brauchen nicht nur gemeinsame Verbindungsleitungen, sondern auch volllastfähige grenzüberschreitende Verteilersysteme in Europa. Ein vollintegrierter europäischer Energiebinnenmarkt ist unerlässlich, um die Energieversorgungssicherheit zu gewährleisten.



**Angela Schweizer**

Wir brauchen eine nachhaltige europäische Energiepolitik mit funktionierendem gemeinsamen Energiemarkt. Wichtig ist die Ausweitung der Angebotsseite bei der Energieerzeugung,

die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren sowie Investitionen in grenzüberschreitende Energieinfrastruktur.



**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Klares Ziel der CDU ist eine Energieunion, die die Energiesicherheit und -souveränität stärkt und bezahlbare Energiekosten sichert. Um diese zu erreichen muss der Energiebinnenmarkt vollendet werden über den Abbau von Handelshemmnissen, eine Angleichung in der Steuer- und Preispolitik und Anpassungen von Normen und Standards. Ergebnis muss ein funktionierender Markt mit gerechtem Marktzugang, einem hohen Verbraucherschutzniveau sowie ausreichend Verbund- und Erzeugungskapazitäten sein.



**Rainer Wieland MdEP**

Der Energiebinnenmarkt mit grenzüberschreitender Infrastruktur muss gefördert, auf- und ausgebaut werden.

### **3. Wie stehen Sie zu einer Revision bzw. Aufhebung des Verbrennerverbots?**



**Daniel Caspary MdEP**

Wir wollen das Verbrennerverbot zurückziehen. Wir brauchen Technologie offenheit.



**Louis Krahn**

Das Verbot von Verbrennungsmotoren stellt eine realitätsferne Entscheidung dar, die die Vorgehensweise der linken und grünen politischen Spektren exemplarisch verdeutlicht.



**Dr. Andreas Schwab MdEP**

Wir sollten technologieoffen bleiben und nicht pauschal aus ideologischen Gründen etwas verbieten. Das Verbrennerverbot ab 2035 gehört auf den Prüfstand, wenn wir im Vergleich mit anderen Volkswirtschaften wettbewerbsfähig bleiben wollen.



**Angela Schweizer**

Ich stehe zur Aufhebung des Verbrennerverbots und zur Erhaltung und technologieoffenen Weiterentwicklung dieser deutschen Spitzentechnologie.



**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Die Haltung der CDU ist hier eindeutig: Wir wollen das Verbrennerverbot wieder abschaffen, die deutsche Spitzentechnologie des Verbrennungsmotors erhalten und technologieoffen weiterentwickeln.



Foto: Kindermann

**Rainer Wieland MdEP**

„Der Kopf des Menschen ist rund, damit er in jede Richtung denken kann.“ (frei nach Francis Picabia). Denkverbote in Bezug auf Antriebstechniken, Treibstoffe oder Energiequellen und -träger sind vertane Chancen, die am Ende nur anderen nutzen.

#### **4. Welche Rolle sollte Wasserstoff als nachhaltiger Energielieferant in der EU spielen?**



Foto: Epp

**Daniel Caspary MdEP**

Wasserstoff spielt eine entscheidende Rolle bei der Dekarbonisierung. Die EU und die Mitgliedstaaten müssen in grünen Wasserstoff und Infrastruktur investieren.



**Louis Krahn**

Ich verfolge einen technologieoffenen Ansatz, da es zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschließend zu erkennen ist, welche Technologie die Energiequelle der Zukunft ist.



**Dr. Andreas Schwab MdEP**

Wasserstoff ist eine Zukunftstechnologie und kann zusammen mit einer entsprechenden Infrastruktur der Schlüssel für den Umbau der Industrie und das Erreichen der EU-Klimaziele sein. Allerdings ist auch hier wichtig, technologieoffen zu sein und nicht nur grünen Wasserstoff zu fördern.



**Angela Schweizer**

Wasserstoff ist ein zentraler nachhaltiger Energielieferant, der maßgeblich zur Dekarbonisierung verschiedener Sektoren beitragen soll.



**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Die Verfügbarkeit von Wasserstoff wird ein zentrales Element für die nachhaltige Transformation des Energiemarktes sein. Die Umsetzung der EU-Wasserstoffstrategie ist daher Kernelement unserer Politik, um eine kosteneffiziente Energie- wende zu ermöglichen und in unterschiedlichen Industrieverfahren von fossilen Brennstoffen aus Russland unabhängig zu werden.

**BURGER GROUP**

**THE DRIVE TO LEAD**

**IHR KOMPLETT-ANBIETER IN SACHEN KUNDENSPEZIFISCHER LÖSUNGEN**

Als einer der führenden Systempartner liefern wir für Ihre Anwendung eine individuelle und ganzheitliche Lösung: Von der ersten Idee bis zur Serienfertigung in Metall, Kunststoff oder als komplettes mechatronisches System. Wir begleiten Sie mit unserem KnowHow aus über 165 Jahren Erfahrung in der Antriebstechnik.

**BURGER-GROUP.COM**



Foto: Kierdorf

**Rainer Wieland MdB**

Wasserstoff ist eine Zukunftstechnologie und kann als Ersatz für fossile Brennstoffe zur Erreichung unserer Klimaschutzziele beitragen.



**Louis Krahn**

Angesichts der zunehmenden Schwächung unseres Standorts ist es essenziell, dass wir durch eine starke und innovative Industrie einen ökonomisch nachhaltigen Weg einschlagen, um den Umweltschutz zu verfolgen.



**Angela Schweizer**

Wir brauchen einen wirksamen Bürokratieabbau und Belastungsstopp, ein international wettbewerbsfähiges Steuer- und Abgabensystem, flexiblere Arbeitsmärkte, eine Fachkräfteoffensive, mehr Digitalisierung und eine Stärkung des Investitionsklimas. Deshalb am 9. Juni CDU wählen!

## 5. Was wollen Sie konkret tun, um nach der missglückten Transformation und Green Deal die Betriebs-schließungen und Abwanderungen der Unternehmen zu stoppen?



**Dr. Andreas Schwab MdB**

Wir sollten vor allem bürokratische Hürden und damit verbundene Berichtspflichten von Unternehmen reduzieren. Gleiches gilt für den grenzüberschreitenden Handel, wo die Auflagen für die vielen mittelständischen Unternehmen einfach zu hoch sind.



**Prof. Dr. Andrea Wechsler**

Der EU Green Deal Industrial Plan, der im Jahr 2023 vorgestellt wurde und eine wichtige industriepolitische Ergänzung zum Green Deal darstellte, muss weiterentwickelt werden in einen EU Industrial Deal. Der EU Industrial Deal muss die zweite Säule der EU Zukunftspolitik darstellen mit dem Anspruch, Wirtschaft, Klima und Energie gesamtheitlich zu denken.



Foto: Epp

**Daniel Caspary MdB**

Wir wollen nach der Wahl gemeinsam mit Ursula von der Leyen und neuen Mehrheiten im Europäischen Parlament aus dem Green Deal wirklich einen Deal machen!



Foto: Kierdorf

**Rainer Wieland MdB**

Mit ideologischen Denkverböten und Technikfeindlichkeit fallen wir als Innovationsstandort zurück. Mit Misstrauen und Bürokratie – die ihre Hochburg übrigen nicht in Europa, sondern in Deutschland haben – lähmen wir Tüftler- und Unternehmertum. Mehrheiten für Fortschritt und nicht für Verbote in Parlament und Kommission: genau darum geht es am 9. Juni!

**Wir setzen Ihre Maschine auf den Punkt.**

**Kierdorf & Söhne GmbH**  
76676 Graben-Neudorf

[kierdorf-soehne.de](http://kierdorf-soehne.de)

# Falsche Weichenstellung abgelehnt

Kreismittelstandstag gegen Wachstumschancengesetz

**Neuenburg, 28. März 2024. Die Bundestagsfraktion von CDU/CSU hat im Vermittlungsausschuss dem Wachstumschancengesetz von SPD, Grünen und FDP nicht zugestimmt. Der Kreisvorstand der MIT Breisgau-Hochschwarzwald hat diese Entscheidung auf seiner jüngsten Sitzung uneingeschränkt begrüßt.**

Viele Mittelständler sehen unter den derzeitigen Bedingungen für ihre Unternehmen keine Zukunftsperspektiven mehr. Eine umfassende Entlastung des Mittelstandes ist dringend geboten. Der Entwurf des Wachstumschancengesetzes hat aber so gut wie ausschließlich die Großindustrie im Blick. Für den Mittelstand weist es zwar einige positive Ansätze auf, die jedoch praktisch kaum etwas bewirken können.

Der Vorsitzende der MIT Breisgau-Hochschwarzwald, Norbert Müller, fasste die Meinung des Kreisvorstandes wie folgt zusammen: „Offenbar existiert für SPD und Grüne der Mittelstand überhaupt nicht. Bedauerlicherweise ist selbst der FDP das Bewusstsein für unsere Anliegen abhandengekommen. Wir brauchen aber dringend Entlastung bei Steuern, Sozialabgaben und Bürokratie, wenn wir Arbeitsplätze erhalten und unseren Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt weiter leisten sollen. Es gibt

keinen Mittelständler, der von diesem Gesetzentwurf eine Verbesserung seiner beruflichen oder wirtschaftlichen Zukunft erwarten kann.“ ■

Zsolt Pekker (Pressereferent),  
pekker@pekker.de,  
pekker.de



*s'Kiesele empfiehlt!*

**MORÄNE-KIES-GESELLSCHAFT MBH + CO KG**  
Hofgartenstraße 24 · 72379 Hechingen  
Tel. 07471 9379-0 · Fax 07471 9379-30  
E-Mail info@moraene-kies.de

**NATÜRLICHE QUALITÄTSBAUSTOFFE  
FÜR DIE BAUAUFGABEN DER ZUKUNFT**



FU und MIT Südbaden machen sich Sorgen

# Sind mittelständische und landwirtschaftliche Familienbetriebe politisch noch gewollt?

Nachdem Landwirte und Mittelständler zum Streiken europaweit auf die Straße gehen, stellten sich die Frauenunion und MIT Südbaden die Frage, wo die Ursachen hierfür liegen könnten, und suchten gemeinsam nach Lösungsansätzen.

Sind mittelständische und landwirtschaftliche Familienbetriebe politisch noch gewollt?

Man hatte sich viel vorgenommen: sieben Referenten aus Politik, Landwirtschaft und Mittelstand trafen sich im Europapark Rust, um aus unterschiedlichen Sichtweisen die aktuellen Ereignisse zu analysieren.

Jeder der Beteiligten bekannte sich nicht nur ausdrücklich zum Mittelstand und den landwirtschaftlichen Betrieben, sondern bewies auch, dass er um die Sorgen und Nöte weiß. Alle vereinte die Sorge um die Zukunft der Betriebe, Arbeitsplätze und nicht zuletzt deren Erzeugnisse.

„Ja wir wollen die landwirtschaftlichen Betriebe erhalten“, erklärte Christine Schneider MdEP und frisch gewählte Parlamentarische Geschäftsführerin der EVP Gruppe.

Während beim letzten EU-Wahlkampf noch Themen wie Fridays for Future, Klimawandel, Upload-Filter und die damit einher-



V.l.n.r.: Dr. Rudolf Luhr, Dr. Madline Gund, Ruth Baumann, Christine Schneider MdEP, Norbert Bekermann



V.l.n.r.: Ruth Baumann, Christine Schneider MdEP, Helga Gund, Sabine Hartmann-Müller

gehende Ideologisierung dieser Positionen die Oberhand bekamen, führten die Sorgen der Landwirtschaft, der steigende Kostendruck, fehlende internationale Wettbewerbsfähigkeit und leistungsgerechte Bezahlung ein Schattendasein. Gesetzesvorhaben bezüglich Pflanzenschutzmittel und Flächenstilllegungen setzten dem Ganzen die Krone auf. Für einen Wirtschaftsraum, der zunehmend aufgrund fehlender eigener Kapazitäten auf Importe angewiesen ist, sind dies Alarmzeichen. Es braucht schnelle Entlastung und klare und umsetzbare Zielsetzungen.

„Ein erklärtes Ziel war, dass Vorschläge des Mittelstands und der Landwirtschaft geprüft werden sollten, bevor sie der EU-Kommission vorgelegt werden.“

Diese Aussage ließ die Zuhörer etwas Hoffnung schöpfen. Zeigte sie doch, dass die Geschlossenheit und der Weg in die Öffentlichkeit, auf die Straße, ihre Wirkung hat.

Wie sehr sich die Rahmenbedingungen für Erzeuger verändert haben, zeigt die Dipl.-Önologin und Inhaberin eines Weingutes, Franziska Schätzle auf. Eine Jahresernte in den 70-iger Jahren reichte zum Kauf eines Traktors, in den 80-iger Jahren benötigte man 5 und seit diesem Jahrzehnt sind es über 20. Wer Weinbau in herausfordernden geographischen Lagen, wie z. B. dem Kaiserstuhl, betreibt, kann mit Billiganbietern aus dem In- und Ausland nicht konkurrieren. Während die Kosten steigen, sollen die Verkaufspreise konstant bleiben. Auch die Transformation stößt an ihre Grenzen. Anspruch und Wirklichkeit klaffen immer mehr auseinander. Da im Weinbau mit bis zu 30 Jahren dauernden Produktlebenszyklen gerechnet werden muss, ist die Planungssicherheit für Investitionen keine Kür, sondern Pflicht. Der Verbraucher entscheidet durch seinen Kauf, was ihm wichtig ist, ein gutes, hochwertiges unter strengen Auflagen hergestelltes Produkt oder nur der Preis.



## DER NEUE R22

**KOMFORT SPÜREN.  
NACHHALTIG EINRICHTEN.**

Das neue Bürostuhlprogramm R22 überzeugt mit ergonomischer Funktionalität, erstklassigem Sitzkomfort und einem nachhaltigen Materialkonzept.



**reddot**  
winner 2023



**GERMAN  
DESIGN  
AWARD  
SPECIAL  
2023**

Design **IDA ID**  
Sven von Boetticher

www.rovo.de  
Völkle Bürostühle GmbH  
72290 Loßburg

ROVO

SETZT ENERGIEN FREI

„Die Landwirtschaft ist ein Wirtschaftszweig, welcher Einkommen generieren muss, von dem oft mehrere Generationen leben sollen und müssen“.

„Landwirtschaft ist nicht gleich Landwirtschaft, der Unterschied liegt auch in der Betriebsgröße.“

Eindrücklich schilderte der Bundestagsabgeordnete Hermann Färber MdB, selbst Landwirt, die Auswirkungen der unterschiedlichen Strukturen auf die Wettbewerbsfähigkeit. Es braucht alle Formen bäuerlicher Betriebe, aber nicht jeder Betrieb kann den bürokratischen Aufwand

zusätzlich auch noch leisten. Das Bebauen von Ackerflächen, der Ausbau regenerativer Energien und die große Flut an Vorschriften und Dokumentationen (vgl. Tierwohl) erschweren seit langem den Fortbestand der Höfe, die immer öfter aufgeben.

„Es reicht nicht, in Sonntagsreden den Mittelstand als Rückgrat der Wirtschaft zu loben, wir müssen die Wertschätzung unserer Arbeit im Alltag spüren“, so Ruth Baumann, stellvertretende Bundesvorsitzende der MIT und Präsidentin der Unternehmerfrauen im Handwerk Baden-Württemberg. Mit großer Sorge sieht sie die steigende Zahl der Insolvenzen und vor allen Dingen der Betriebsabmeldungen. Das Vertrauen in die Zukunft

schwindet. Es braucht verlässliche Rahmenbedingungen (nur so entstehen auch Steuereinnahmen), planbare Energiekosten, kurze Lieferketten und weniger Bürokratie. Arbeit kann nicht mit dem Bürgergeld konkurrieren. Die Transformation der Wirtschaft kann nur mit einem entsprechenden Zeitfenster und mit Planungssicherheit gelingen. Ohne den Mittelstand, zu dem auch landwirtschaftliche Betriebe zählen, ist die Zukunft nicht zukunftsfähig. „Die Betriebe sind auf die soziale Marktwirtschaft und nicht auf Planwirtschaft ausgerichtet.“

Rosa Karcher, die ehemalige Vorsitzende der Landfrauen, zeigte nicht nur, dass bäuerliche Betriebe auch Mittelständler sind. „Als Landfrau, als Bäuerin gilt es auch Haushalt und Betrieb in sämtlichen Lebenslagen zu meistern und zu managen.“

Wobei die innerfamiliäre Absicherung auch im Alter fehlt. Durch die ständig wachsenden Anforderungen ist das Leben nicht mehr plan- und oft auch nicht mehr leistbar. Familie und Betrieb sind untrennbar miteinander verwoben, und die Sorgen um die Ausgestaltung der Zukunft werden immer größer und scheinen nicht überwindbar zu werden.

Martin Linser, Winzer und Spargelbauer, Vizepräsident des BLHV und BWV hat bereits persönliche Konsequenzen ziehen müssen. Er hat dieses Jahr den Spargelbau aufgegeben. Der Kostendruck war zu groß und wirtschaftlich nicht mehr abbildbar. Der sich seit längerem hinziehende Prozess der Veränderung, und damit Verarmung der Landwirtschaft, habe nicht erst seit dem Regierungswechsel 2021 in Berlin begonnen. Ob Mindestlohn, Bürokratie und weitere Gängelungen durch die Politik, die Dieselerückvergütung, hat das Fass zum Überlaufen gebracht. „Deshalb sind die Bauern bis heute auf der Straße, auch wenn nur noch selten darüber berichtet wird“, so Linser.

Fazit der Tagung: Der Green Deal und die Transformation der Wirtschaft verkommen zu Worthülsen, wenn der Mittelstand dadurch geopfert wird. Ob dies wissentlich geschieht, oder als Nebeneffekt, spielt dabei keine Rolle. Wertschätzung zeigt sich durch Festlegung der Rahmenbedingungen beim Einkauf, und nicht zuletzt beim wirtschaftlichen Erfolg. Dieser sorgt für Arbeitsplätze, Steueraufkommen und Wohlstand. Demonstrieren ist rechtens und nicht rechts. Es ist ein Hilferuf für weniger Bürokratie, weniger Regulierung und Gängelung, faire und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen. Es liegt in der Verantwortung von Mandatsträgern, dass gutes Essen, Energie, Mobilität und Eigentum – kurz der Wohlstand für alle, wieder möglich ist. Wer nur billig einkaufen will, muss mit den Folgen leben. Wer den Mittelstand „opfert“, strebt Planwirtschaft an. Jeder einzelne kann zum Erhalt der Landwirtschaft und des Mittelstandes beitragen, aber nicht mit Worten, sondern durch Taten, auch bei seiner Wahlentscheidung. ■



**Hidden Technology:**

**Sie finden uns in**

**Medizintechnik**

**Automotive**

**Elektronik**

**Architektur**

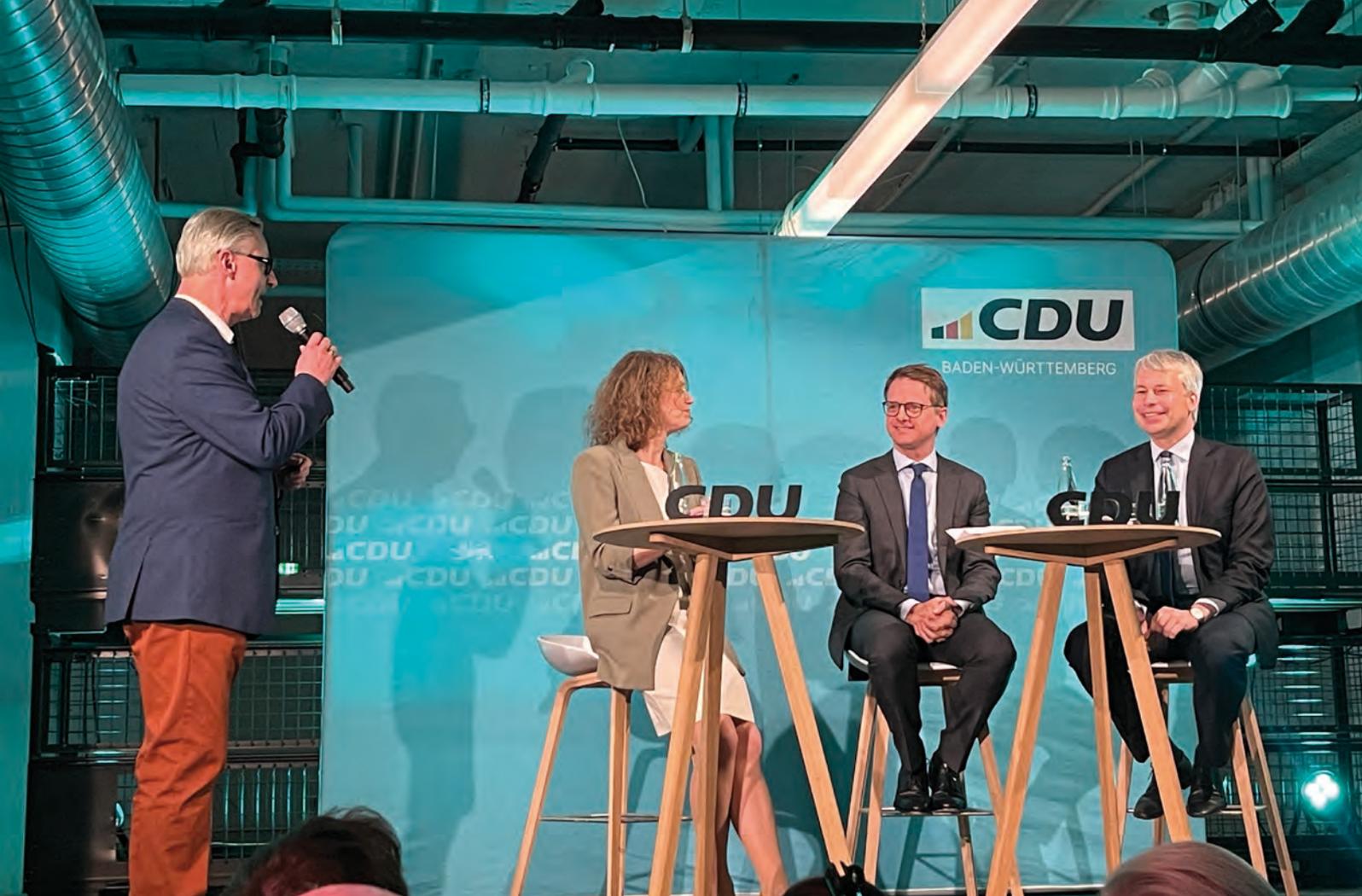
**Design**

**usw.**

**herz**

**ätztechnik**

Ruth Baumann,  
[r.baumann@baumann-co.de](mailto:r.baumann@baumann-co.de),  
[mit-suedbaden.de](http://mit-suedbaden.de)



# Leistung belohnen, Lasten reduzieren

Carsten Linnemann stellt CDU-Grundsatzprogramm in Ludwigsburg vor

Wenn die CDU wieder die Chance bekommt, eine Bundesregierung anzuführen, will sie vieles anders machen. Carsten Linnemann, der Generalsekretär der CDU, ist mit seinen 46 Jahren jetzt schon einer der einflussreichsten Politiker auf Bundesebene. In Ludwigsburg stellte er vor wenigen Tagen das neue Programm der Christdemokraten vor. Eingeladen hatten die CDU und die MIT im Kreis Ludwigsburg.

Linnemann umriss die Eckpunkte des künftigen Regierungshandelns, das sich auf vier zentrale Prinzipien stützt: die Einhaltung der Schuldenbremse, die Stärkung der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, den Fokus auf Bildung sowie die Entlastung der Mittelschicht und des Mittelstands.

„Die Politik muss dafür sorgen, dass der Alltag der ganz normalen Familien wieder

funktioniert“, gab Linnemann als Richtung vor. Zu lange sei politisch entweder über die geredet worden, die extrem viel verdienten und die, die zu wenig verdienten. Dabei habe man aber die breite Mehrheit völlig aus dem Blick verloren. „Die arbeitende Mitte, die jeden Tag morgens aufsteht, Steuern zahlt und den Laden am Laufen hält, hat die Politik aus den Augen verloren“, kritisierte Linnemann selbstkritisch nicht nur den politischen Gegner.



Bildquelle: Andreas Essig

„Leistung muss sich endlich wieder lohnen“, erklärte er und präsentierte zugleich konkrete Vorschläge für ein Sofortprogramm, darunter die Steuerfreistellung von Überstunden. „Heute haben wir in Deutschland die absurde Situation, dass drei Millionen Menschen zusätzlich noch einen Minijob haben, weil dieser Minijob netto auf dem Girokonto landet. Es muss sich wieder lohnen, dass diese Menschen in ihrem Hauptjob mehr arbeiten.“



Bildquelle: Andreas Essig

Konkret wurde Linnemann auch zum Thema „Länger Arbeiten“. Ihm geht es nicht um die Menschen, die nach

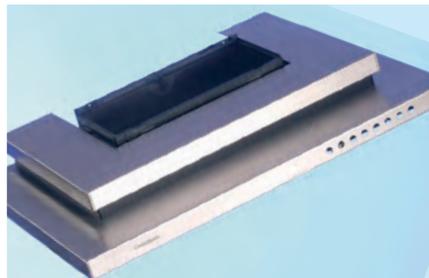
einem anstrengenden Leben gesundheitsbedingt aus dem Arbeitsleben aussteigen müssten. Vielmehr gäbe es viele

## Kompetenz in Blech für:



**RIETHO GmbH**  
 Stanz- & Biegetechnik  
 Bildstöckle 8  
 D-77790 Steinach  
 Tel. 0 78 32 - 91 97-0  
 Fax 0 78 32 - 91 97-33  
 info@rietho.de  
 www.rietho.de

### ... die Küchentechnik



Unsere Leistungen umfassen optisch hochwertige Sichtteile aus Edelstahl und Aluminium, aber auch die Produktion kompletter Baugruppen.

### ... die Elektrik- u. Elektronikindustrie



Gehäuse für die verschiedenen Anwendungsgebiete werden von unseren Spezialisten entsprechend Ihren Wünschen in den unterschiedlichsten Stückzahlen gefertigt.



der Allgemeinheit durchgefüttert werden“, erklärte Linnemann.

Trotz seiner deutlichen Worte vermied Linnemann eine polemische Auseinandersetzung mit der derzeitigen Ampelregierung. Stattdessen konzentrierte er sich darauf, die zukunftsorientierten Vorschläge der CDU vorzustellen. „Wir sprechen Klartext, nicht um zu spalten, sondern um konkrete, umsetzbare Lösungen für die Probleme der Menschen anzubieten“, erläuterte der Generalsekretär. ■

Michael Jacobi,  
[info@mit-ludwigsburg.de](mailto:info@mit-ludwigsburg.de),  
[mit-ludwigsburg.de](http://mit-ludwigsburg.de)



ältere Arbeitnehmer, die Interesse hätten, auch nach dem offiziellen Renteneintrittsalter zu arbeiten. Sie sollen den Zuverdienst bis zu 2000 Euro im Monat steuerfrei zusätzlich zu ihrer Rente behalten dürfen. „Das sind konkrete Vorschläge, die wir jetzt einfach mal umsetzen sollten“, unterstrich Linnemann mit Nachdruck.

Das CDU-Sofortprogramm sieht außerdem die Rücknahme des Heizungsgesetzes und der Cannabisfreigabe vor. Des Weiteren soll das Bürgergeld reformiert werden. „Diejenigen, die wirklich Hilfe brauchen, sollen sie erhalten, wenn nötig sogar mehr als jetzt. Aber diejenigen, die arbeiten könnten, es aber nicht tun, sollen nicht länger von

**LÖSUNGEN FÜR SIE**

**AUFTRAGSFERTIGUNG  
PROTOTYPENBAU  
KONSTRUKTIONEN**

**GL-TECHNICS**

**GL-GMBH.DE**



Zu Gast bei Roche

# Hightech-Standort Mannheim – Mannem vorne!

Betriebsbesichtigung bei Roche Diagnostics GmbH

Seit über 150 Jahren ist die Firma Roche Diagnostics GmbH am Standort Mannheim tätig und mit über 8.600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die größte Arbeitgeberin in Mannheim. Am Hightech-Standort werden Produkte für Menschen mit Diabetes oder Herz-Kreislauf-Erkrankungen, lebensverlängernde Medikamente gegen Krebs sowie wichtige Produkte für die In-vitro-Diagnostik hergestellt. Zudem entsteht hier ein riesiges Logistikzentrum, das täglich rund 9.000 verschiedene Produkte in 170 Länder liefert.

Bei einer Besichtigung des Roche-Werkes gegenüber der Friesenheimer Insel informierte sich die MIT Mannheim über die Forschungsschwerpunkte des Unternehmens sowie die Bedeutung des dritt-

größten Firmen-Standortes für den Gesamtkonzern. Bereits 90% der verbrauchten Energie ist grün. Ziel sei es, bis spätestens 2050 vollkommen CO<sub>2</sub>-neutral zu sein. Um den Standort fit für die Zukunft zu machen, werden 400 Millionen Euro in fünf große Bauprojekte investiert.

Beim Rundgang über einen Teil des 460.000 qm großen Geländes (entspricht ca. 60 Fußballplätzen), beeindruckten vor allem auch die Dimensionen der Produktionsstätten. Unwirklich, aber romantisch wirkte mitten in diesem Betriebsgelände die 1888 erbaute sogenannte „Engelhorn-Villa“, die als einziges Bauwerk die Zeiten überstand. Von besonderem Interesse waren auch die Diagnoselabore. Endlos lang er-



Kreuz und quer durch den Betrieb



Imposante Gebäude begeistern beim Rundgang

scheinende Fördersysteme ermöglichen eine nahezu vollautomatisierte Befunderhebung, um eine schnellstmögliche, präzise und effiziente Diagnose zu ermöglichen.

„Mit Roche haben wir einen wichtigen Partner an unserer Seite“ so der Mannheimer MIT-Kreisvorsitzende und Stadt-

rat Alexander Fleck. „Gemeinsam mit Roche wollen wir den Medizinstandort Mannheim ausbauen. Aus diesem Grunde fördern wir als Kommune die Medizintechnik nicht nur hier, sondern auch im Technologiepark Mannheim, damit es auch in Punkto Medizin und Medizintechnik heißt: Mannem vorne!“



Diagnosegeräte erwecken großes Interesse

Alexander Fleck (Kreisvorsitzender),  
[alexander-fleck@t-online.de](mailto:alexander-fleck@t-online.de),  
[mit-mannheim.de](http://mit-mannheim.de)

# BELLE Balkone *geplant – gebaut – montiert*

STAHLBAU  
 BALKONE  
 TREPPEN  
 METALLBAU

**BELLE Balkone sind aus Stahl und durch feuerverzinkte Oberflächen absolut witterungsbeständig. Sie müssen „nie wieder streichen“!**

**Eine Besonderheit unseres Services ist die punktuelle Befestigung sowie die sehr kurze Montagezeit. Innerhalb von ein bis zwei Tagen ist ihr Balkon an ihrem Gebäude ohne größere Eingriffe in die Bausubstanz möglich.**

**Seit über 25 Jahren stehen wir für Qualität in Perfektion. Wir haben bereits über 1.500 Balkone in ganz Baden-Württemberg gebaut und installiert.**

**Unsere Experten beraten Sie gerne: Tel. +49 7642 9087-0**



Dirk Spix und Benedikt Belle



**BELLE AG**  
 Limbergstraße 2 · 79369 Wyhl  
[info@BELLEAG.de](mailto:info@BELLEAG.de)  
[BELLEAG.de](http://BELLEAG.de)



# Themen der Mittelständler ins Rathaus tragen



Die Mittelständler im Kreis Göppingen wollen sich stärker in der Kommunalpolitik engagieren. Das wurde in einer Vorstandssitzung der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) deutlich. Im Vorfeld der Kommunalwahlen am 9. Juni wurden nicht nur Mitglieder aufgefordert, für die kommunalen Gremien zu kandidieren. Ein neu gebildeter Arbeitskreis soll zudem auch nach der Wahl den Gemeinde- und Kreisräten der CDU aktuelle Themen, Sorgen und Nöte der Mittelständler näherbringen.

Chef der neuen Arbeitsgruppe ist der ehemalige Oberbürgermeister von Geislingen, Wolfgang Amann (64). Der Diplom-Ingenieur war von 1998 bis 2014 Chef im Geislinger Rathaus und kennt die kommunalen Strukturen. „Wir wollen uns als Mittelstand stärker in die Kommunalpolitik einbringen“, formuliert es MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler und sieht Handlungsbedarf, zum Beispiel bei der Ausweisung von Gewerbegebieten.

Dies ist im Landkreis Göppingen ein heißes Thema, wurden doch im dichtbesiedelten Filstal drei geplante interkommunale Gewerbegebiete durch Bürgerentscheide gekippt. Dadurch wird der Platz für die Neuan siedlung von Betrieben ebenso knapp wie für die Erweiterung bestehender Unternehmen.

Auch bei der kommunalen Steuer- und Abgabenpolitik sehen die Mittelständler Handlungsbedarf. Vor dem Hintergrund der vom Göppinger Landrat für 2025 angekündigten Erhöhung der Kreisumlage könnten in den Gemeinden u.a. auch die Gewerbesteuer steigen. Die MIT hatte 2023 massiv gegen die Pläne der Stadt Göppingen gewettert, durch eine Gewerbesteuererhöhung ein Millionen-Loch im Haushalt zu schließen.

Der Göppinger Gemeinderat hatte solche Pläne des grünen Oberbürgermeisters im Zuge der Etatberatungen dann gestoppt. Die beiden Beispiele machen, so Semmler, jedoch deutlich, wie wichtig eine starke Stimme des Mittelstandes in den kommunalen Gremien ist und sieht seinen Verband mit der Gründung der kommunalen Arbeitsgruppe auf dem richtigen Weg. ■



00728, www.rechtshorizont.de

Mit UND  
auf uns kann  
man bauen!



Kies, Sand & Splitt | Transportbeton  
Betonpumpen | Recycling & Entsorgung | Baustoffprüflabor | Logistik



www.valetott.de

**VALET u. OTT**

Rüdiger Gramsch (Pressereferent),  
r.gramsch@maitis-media.de,  
mit-gp.de

Mehr als Möbel und Brennstoff:

# Holz gehört die Zukunft

Im Holz steckt Zukunft: Das Technikum Laubholz in Göppingen forscht an innovativen Produkten aus Holz. Dabei scheint vieles möglich.

Foto: Pixabay

Mit Holz kann man mehr machen als Möbel bauen oder den Ofen anheizen. Das wurde den Mittelständlern im Kreis Göppingen beim Besuch des Technikums Laubholz bewusst. Hier wird geforscht, was sich aus Holz noch alles machen lässt: Die Palette reicht von Garnen für Industriestoffe bis hin zur Autobatterie. Willkommen in der Zukunft: In den Hallen unweit der Göppinger Innenstadt, in dem einst der Schuler seine Maschinen produzierte, stehen erste Pilotanlagen, mit denen erforscht wird, was man alles aus Holz machen kann. Zum Beispiel Textilfasern auf Holzbasis. Eine Idee, mit dem das noch junge Technikum Laubholz erfolgreich Pionierarbeit leistet. In erster Linie hatte man die Garne, die da aus Holzfasern entstehen, für die Produktion von Stoffen für die Industrie vorgesehen. Doch kaum entwickelt, klopfen schon die Modeschöpfer in Göppingen an und baten um Garn für eine Musterkollektion, die man auf der Berliner Fashion Week zeigen wollte. Im Drei-Schicht-Betrieb stehen neugierige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen an der eigens entwickelten Maschine und versuchen einen möglichst langen, reißfesten Faden zu produzie-

ren: 1400 Meter lang war der gerade, als ihnen die Mitglieder der MIT Göppingen über die Schultern schauten. Dr. Tobias Wolfinger, wissenschaftlicher Vorstand des Technikum Laubholz, hatte die Unternehmer zu der Führung in die Zukunft eingeladen.

Der Faden der Zukunft ist aber nur ein Projekt, das in den Hallen in Göppingen erforscht wird. Ein anderes sind Verpackungsmaterialien. Diese sollen einmal viel Plastikmüll ersetzen, der oft in die Weltmeere gelangt. In Göppingen werden neuartige Folien aus der Roh-



Foto: Privat

Fast 30 Mittelständler aus Göppingen mit ihrem Vorsitzenden Ralf Semmler (Mitte) und seinem Stellvertreter Ralf Krieger (l.) besuchten das Technikum Laubholz. Der wissenschaftliche Geschäftsführer, Dr. Tobias Wolfinger (r.) informierte über die Forschungsprojekte.



Foto: Bettina Fritz

Im ehemaligen Verwaltungsgebäude der Firma Schuler in Göppingen hat das Technikum Laubholz sein Domizil aufgeschlagen.

stoffquelle Holz entwickelt, die nicht nur recyclebar sind, sondern auch die hohen Anforderungen der Konsumenten erfüllen und sich für die industrielle Verarbeitung eignen. Viele Dinge gilt es dabei zu berücksichtigen: die neuen Folien sollen dehnbar sein, bedruckt werden können und nicht so ohne weiteres durchgestoßen werden können. Auf dem Weg zu dieser neuen Superfolie ist das Technikum Laubholz schon weit gekommen, Wenige Gramm einer aus Holzstoffen entwickelten Masse reichen, um über ein spezielles Verfahren mehrere hundert Quadratmeter Folie zu produzieren.

Der Einsatz von Holzstoffen ist in vielen Produkten denkbar. So unter anderem auch im Kosmetikbereich. Hier sei man schon recht weit gekommen. Dass auch Autobatterien einmal aus Holzstoffen bestehen, will Wolfinger nicht ausschließen. Hier stehe man jedoch erst am Anfang der Forschung. Noch bilde die Grundlagenforschung ein Hauptfeld, zum Beispiel das biotechnologische Konversionsverfahren. Hier gehe es um die Umwandlung meist organischer Verbindungen in energetische oder stofflich nutzbare Produkte. Was in der Natur Jahre dauert, soll - natürlich nachhaltig - in den Laboren des Technikums Laubholz möglichst auf wenige Wochen verkürzt werden. Ein weiteres Forschungsfeld ist der Holzaufschluss. Hier werden in der Regel Holz hackschnitzel mit Chemikalien wie Natronlauge, Natriumsulfid oder

Natriumsulfat unter Druck gekocht, so dass die Holzstruktur aufgebrochen wird und sich die einzelnen Holzbestandteile anschließend voneinander trennen lassen. Bei aktuell gängigen Verfahren jedoch wird dabei nur Cellulose gewonnen (zum Beispiel für die Papierherstellung), das Lignin und die Hemicellulosen hingegen werden als Abfallstoffe für die Energiegewinnung des Zellstoffwerks verbrannt. Durch den Aufschluss erweitert sich daher das Anwendungsportfolio. Das Technikum Laubholz versucht nun, das Holz in seine Einzelbestandteile Cellulose, Hemicellulose und Lignin aufzuspalten, damit diese für weitere Forschungs- und Anwendungszwecke genutzt werden können. Dabei liegt der Fokus allerdings - anders als beispielsweise in der Papierindustrie - nicht nur auf der Gewinnung von Cellulose, sondern auch auf der qualitativen Verwertung der anderen Holzbestandteile. Im Vergleich zum derzeit industriell eingesetzten Holzaufschluss will man in Göppingen neuartige und nachhaltigere Verfahren entwickeln und etablieren. Dadurch könnten Rohstoffe mit Eigenschaften gewonnen werden, die so bisher nicht auf dem Markt verfügbar sind. Viel zu kurz war für die Göppinger Mittelständler der Besuch beim Technikum Laubholz, das seit Januar 2023 in der Hohenstaufenstadt sein Domizil hat und den engen Kontakt zu Unternehmen vor Ort sucht. Schließlich sollen Forschungsergebnisse möglichst schnell auch in die

Praxis umgesetzt werden. Dazu gehe das Technikum Laubholz auch strategische Partnerschaften ein oder fördere Startups.

Das Technikum Laubholz ist die erste unabhängige außeruniversitäre Einrichtung der Spitzenforschung in Baden-Württemberg, die sich ausschließlich mit der Entwicklung von Verfahren und Produkten rund um den nachwachsenden Rohstoff Holz kümmert. Der Fokus liegt auf Produkten aus dem natürlichen Rohstoff Laubholz, die im alltäglichen Leben zum Einsatz kommen. In acht Forschungsfeldern entwickeln interdisziplinäre Teams mit Experten aus unterschiedlichsten Fachbereichen innovative Produkte und Anwendungen aus Laubholz und nachwachsenden Rohstoffen, die bislang nahezu undenkbar waren. Das gemischte Forschungsmodell ermögliche es, sich zwischen abstraktem, kreativem Denken sowie realen Problemlösungsanwendungen flexibel und bedarfsorientiert hin- und her zu bewegen, so Wolfinger.

Gegründet wurde das Technikum Laubholz, das als GmbH geführt wird, 2020 mit finanzieller Förderung durch das Land Baden-Württemberg. Aufsichtsratsvorsitzender ist Landwirtschaftsminister Peter Hauk, Gründungsgeschäftsführer Ludwig Lehner ging Anfang April in den Ruhestand und wird bei den 2. Göppinger Laubholztagen im Juni offiziell verabschiedet. Seine erste Bleibe fand das Technikum Laubholz in Blaubeuren, wo es jedoch an Erweiterungsmöglichkeiten mangelte. Deshalb folgte im Januar 2023 der Umzug auf das leerstehende Schuler-Areal in Göppingen. Beim Technikum Laubholz sind derzeit rund 70 Mitarbeiter beschäftigt.

MIT-Kreisvorsitzender Ralf Semmler bedankte sich bei Tobias Wolfinger für einen spannenden und auch visionären Abend. Göppingen dürfe sich über diese Einrichtung glücklich schätzen, so Semmler und hofft, dass der Mittelstand - insbesondere auch der Maschinenbau - Interesse an einer Zusammenarbeit mit dieser in Deutschland einzigartigen Forschungseinrichtung findet. ■

Rüdiger Gramsch (Pressereferent),  
[r.gramsch@maitis-media.de](mailto:r.gramsch@maitis-media.de),  
[mit-gp.de](http://mit-gp.de)

# „Ich bin neu in der MIT, weil ...“

„... nur ein starker Mittelstand den Wohlstand unseres Landes sichert. Zudem benötigen wir eine starke Stimme, um der teilweise sehr schlechten Politik in unserem Land entgegenzutreten.“



**Matthias Bartholomäus**  
Geschäftsführer  
MIT Alb-Donau/ Ulm

„... wir mehr denn je laute Stimmen brauchen, die für die Wohlstandsgaranten Marktwirtschaft und Kapitalismus eintreten.“



**Daniel Numberger**  
Dipl.-Ing., Managementberater Automotive  
MIT Tuttlingen

„... der Mittelstand auch in Zukunft das Rückgrat der deutschen Wirtschaft bleiben soll. Besonders wichtig halte ich das für den ländlichen Raum.“



**Julian Regner**  
Energie Guide bei Energy & Finance  
MIT Tübingen

Matthias Bartholomäus wurde am 19.02.1977 in Bludenz (Österreich) geboren.

Nach dem Abitur und Bundeswehr hat er eine Ausbildung zum Groß-, und Außenhandelskaufmann absolviert.

Danach folgte ein Studium zum Dipl.-Betriebswirt, Fachrichtung Bautechnik, an der Fachhochschule in Biberach an der Riß. Dies wurde im Jahr 2004 erfolgreich abgeschlossen.

Im Anschluss trat Herr Bartholomäus in den Familienbetrieb ein (geba Bartholomäus GmbH), dem er nun 20 Jahre angehört. Seit 2019 als einer der Geschäftsführer.

Die geba Bartholomäus GmbH beschäftigt sich mit dem gebäudetechnischen Brandschutz und der kontrollierten Wohnraumlüftung, mit und ohne Wärmerückgewinnung, für mehrgeschossige Gebäude. In der Freizeit ist er absoluter Familiemensch, bewegt sich gerne und spielt Golf. ■

Matthias Bartholomäus,  
[info@geba-emerkingen.de](mailto:info@geba-emerkingen.de)  
[geba-emerkingen.de](http://geba-emerkingen.de)

Nach einem Studium der Elektrotechnik begann Daniel Numberger sein Berufsleben als Softwareentwickler für die Automobilindustrie. Seither durchlief er verschiedene Entwicklungs- und Managementpositionen bei diversen Automobilzulieferern. Heute berät er freiberuflich OEMs und Zulieferer im Bereich Projektmanagement und Softwareentwicklung mit dem Schwerpunkt Prozesseffizienz.

Ehrenamtlich engagiert sich Herr Numberger als CDU-Ortsverbandsvorsitzender.

Seine Freizeit verbringt er mit der Imkerei, Brotbacken, Kochen und auf dem Mountainbike. ■

Daniel Numberger,  
[daniel@numberger.de](mailto:daniel@numberger.de)

Julian Regner (37) hat nach seinem wirtschaftswissenschaftlichen Studium für verschiedene große Unternehmen (Amazon, Apple, Sky, Vodafone und zuletzt Ikea) als Teamleiter gearbeitet. Inzwischen arbeitet er als Energie Guide für Energy & Finance und betreut dort Photovoltaik Projekte insbesondere für Privat- und Gewerbedächer sowie Freiflächen.

Julian wohnt gemeinsam mit Freundin Yvonne und seiner im letzten Jahr geborenen Tochter Freyja im Landkreis Tübingen, genauer gesagt in der Gemeinde Starzach. Er engagiert sich im Jugendfußball und ist aktuell Trainer der B-Jugend. Außerdem ist er Ortsvorsitzender des CDU Gemeindeverbandes Starzach/ Hirrlingen. Darüber hinaus ist er im CDU Kreisverband Tübingen Beisitzer. Aktuell kandidiert er für den Tübinger Kreistag und den Starzacher Gemeinderat. ■

Julian Regner,  
[julian.regner@energyfinance.de](mailto:julian.regner@energyfinance.de),  
[energyfinance.de](http://energyfinance.de)

# Eigenverantwortung statt Zwangsbeglückung: Plädoyer gegen den Etatismus



*Tobias Vogt MdL, stellvertretender Landesvorsitzender der MIT Baden-Württemberg*

## HOLZ BRANDSCHUTZ AB GEBÄUDEKLASSE 4

Die Lösung für den Einsatz  
von Holz als schwer  
entflammbarer Baustoff.

Fassade  
Innenausbau  
Messe- & Eventbau



Holz-Brüner GmbH · D 78199 Bräunlingen/Schwarzwald  
Telefon +49 771 9209-0 · E-Mail info@firesec.com

[www.firesec.com](http://www.firesec.com)

Etatismus geht davon aus, dass der Staat für das Lebensglück der Menschen verantwortlich ist, notfalls gegen deren Willen. Aus diesem Denken heraus resultieren politische Vorgaben wie die Verbannung der Fleischgerichte von Speisekarten, dem Wärmepumpenzwang, Werbeverböten und ähnlichen „Zwangsbeglückungen“. Der Staat gibt zu wissen vor, was am besten für die Menschen ist.

Viele aktuelle Diskussionen durchziehen Forderungen nach staatlichen Zuschüssen und Subventionen unterschiedlichster Art. Ein prägnantes Bei

spiel bietet die Wohnungspolitik. Um endlich zu erreichen, dass mehr Wohnungen gebaut werden, sollen milliardenschwere Förderprogramme aufgesetzt werden. Vereinfacht heißt dies, dass der Staat mit dem „Geld der Allgemeinheit“ bestimmte Segmente der Gesellschaft beim Wohnraumerwerb alimentieren soll. Der Staat entscheidet dabei nicht nur, wer den „staatlichen Geldsegen“ erhält, sondern legt dafür auch die Bedingungen fest (Wärmestandards, Mietpreise, Belegungskriterien und so weiter).

Ein völlig anderes Politikverständnis – mein Politikverständnis – setzt auf die Eigenverantwortung des Einzelnen und auf die Überlegenheit der Marktkräfte gegenüber einer regulatorischen Wirtschaftspolitik. Eigenverantwortung beschreibt die Fähigkeit und Bereitschaft eines Individuums oder einer Gruppe, für die eigenen Handlungen und deren Konsequenzen Verantwortung zu übernehmen, Entscheidungen selbständig zu treffen und die Kontrolle über das eigene Leben und berufliche Bestreben zu besitzen.

Der Wohnungsbau zeigt, dass wir eine Rückkehr zur Normalität brauchen: Jedem sollte es möglich sein, es aus eigener Kraft zu Wohneigentum zu bringen. Unser Programm muss deshalb die wStärkung der Eigeninitiative des Einzelnen und der Unternehmen sein und nicht die Abhängigkeit von staatlicher Förderpolitik.

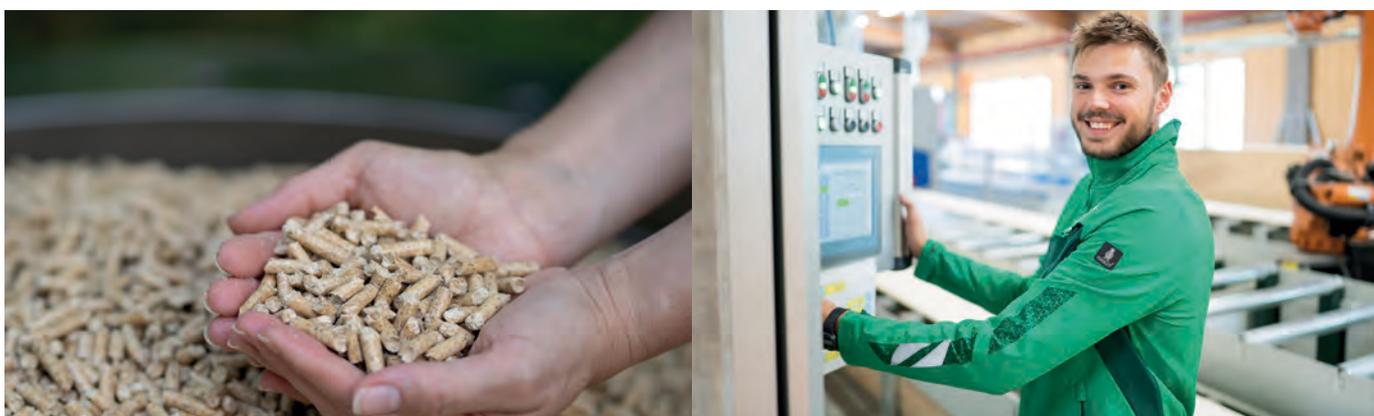
Habecks Grüne und Kühnerts SPD sind sich einig im Kampf gegen die Schuldenbremse. Der Wirtschaftsminister zum Beispiel will neue Milliardenschulden machen, um Unternehmen zu subventionieren, die auf eine klimaneutrale Produktion umstellen. Über die betroffenen Branchen und die geförderten Technologien bestimmt der Staat. Das ist Etatismus pur.

Die Geschichte lehrt uns, dass staatlich gesteuerte Wirtschaftsmodelle und überzogene interventionistische Politikansätze zu ineffizientem Ressourceneinsatz, mangelnder Innovation und letztlich zu wirtschaftlicher Stagnation geführt haben. Je mehr der Staat regu-

liert und eingreift, desto größer wird das bürokratische Netz, das Wirtschaft und Gesellschaft umspannt. Oft werden Entwicklungen durch Subventionen nicht entscheidend verändert, sondern nur verzögert.

Die Bewahrung einer balancierten Rolle des Staates, die weder in Laissez-faire-Apathie abdriftet noch in etatistische Überregulierung, ist für mich die „Hohe Schule“ der Politik. Es gilt, die richtige Mischung aus staatlicher Regulierung und individueller Freiheit zu finden, um sowohl sozialen Schutz als auch wirtschaftliche Dynamik zu gewährleisten. Eine Politik, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt und die Rahmenbedingungen für Wachstum, unternehmerische Freiheit und Innovation schafft, ist der Schlüssel zu einer lebendigen, gerechten und prosperierenden Gesellschaft. ■

Tobias Vogt MdL,  
[tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de](mailto:tobias.vogt@cdu.landtag-bw.de),  
[tobias-vogt.de](http://tobias-vogt.de)



**NATÜRLICH, NACHHALTIG, REGIONAL:  
DOLD HOLZWERKE GMBH -  
MITTELSTAND MIT ZUKUNFT!**



## Sonderinformation

# Aufhebung von § 13b BauGB und neue Heilungsmöglichkeit für betroffene Bebauungspläne – Eile für Investoren, Bauherren und Kommunen ist geboten



**salzmann**

Erfrischend innovativ  
für Kühler, Kälte, Klima

Salzmann Kühler GmbH  
Tel.: 07731 8684-0  
[www.salzmann-kuehler.de](http://www.salzmann-kuehler.de)

Kühlverlässlich  
mit Salzmann

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 18.07.2023 im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens festgestellt, dass die bei Kommunen beliebte Regelung des § 13b BauGB nicht mit dem Unionsrecht vereinbar ist und daher unangewendet bleiben muss. Die Norm wurde daraufhin vom Gesetzgeber zum 01.01.2024 aufgehoben. Mit § 215a BauGB wurde eine „Reparaturvorschrift“ eingeführt, die Heilungsmöglichkeiten jedoch bis zum 31.12.2024 befristet.

Damit stellen sich für Bauherren und Kommunen zeitlich drängende Fragen zu bereits in Kraft getretenen Bebauungsplänen nach § 13b BauGB, eingeleiteten Bebauungsplanverfahren und darauf beruhenden Baugenehmigungen.

## I. Ursprünglicher Zweck von § 13b BauGB

§ 13 b BauGB schaffte die Möglichkeit des beschleunigten Verfahrens für Flächen im Außenbereich mit weniger als 10.000 m<sup>2</sup> Grundfläche, wenn sich das Plangebiet an den Innenbereich anschließt. So sollte der Wohnungsnot in Ballungsgebieten, die im Zuge der starken Fluchtbewegungen nach Deutschland entstanden bzw. verstärkt aufgetreten ist, entgegengewirkt werden. Die wichtigste Verfahrenserleichterung des § 13b BauGB war der Verzicht auf die aufwändige und kostenintensive Umweltprüfung.



Rechtsanwalt Niklas Bammler,  
Diplom-Verwaltungswirt (FH)



Rechtsanwalt Tobias Rilling,  
Partner der Kanzlei SONNTAG

## II. Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts zu § 13b BauGB

Das Bundesverwaltungsgericht hat § 13b BauGB mit dem Recht der Europäischen Union für unvereinbar erklärt. Freiflächen im Außenbereich einer Gemeinde dürfen nun nicht (mehr) im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung überplant werden. Durch das gänzliche Entfallen der Umweltprüfung im Rahmen eines beschleunigten Verfahrens nach § 13b BauGB wird der europarechtlich vorgegebene Ermessenspielraum weit überschritten. Die Sondervorschrift des § 13b BauGB ist mit den unionsrechtlichen Vorgaben daher nicht vereinbar.

Unionsrechtswidrige Vorschriften sind zwar nicht nichtig, gleichwohl sind sie aufgrund des Anwendungsvorrangs des Unionsrechts unanwendbar. Die Unanwendbarkeit des § 13b BauGB bestand von Anfang an, **wirkt sich also auf sämtliche diesbezügliche Bebauungsplanverfahren, Bebauungspläne und Bauvorhaben aus.**

## III. Reaktion des Gesetzgebers

Der Gesetzgeber hat § 13b BauGB zum 01.01.2024 aufgehoben und mit § 215a BauGB eine Art Reparaturvorschrift zur Schaffung von Rechtsklarheit eingeführt. **Die Heilungsmöglichkeit ist bis zum 31.12.2024 befristet.**

## IV. Auswirkungen in der Praxis

Die praktischen Auswirkungen sind weitreichend und es besteht Handlungsbedarf.

### 1. Folgen für laufende Planverfahren

- Gemäß § 215a Abs. 1 BauGB können nach § 13b BauGB begonnene, nicht abgeschlossene Bebauungsplanverfahren bis zum 31.12.2024 im beschleunigten Verfahren beendet werden. Hier besteht **dringender Handlungsbedarf.**
- Die Gemeinde ist dabei nach § 215a Abs. 3 BauGB verpflichtet, eine Art **Vorprüfung über die zu erwartenden**

## Über SONNTAG Wirtschaftsprüfung. Steuer. Recht.

Expertise und Kompetenz bei SONNTAG – hier werden viele Disziplinen vereint.

An vier süddeutschen Standorten sind die Experten bundesweit sowie im internationalen Umfeld tätig und betreuen und beraten die Mandanten rund um die Themen Wirtschaftsprüfung, Steuern und Recht. Die jeweilig projektbezogene Teamzusammenstellung sowie der integrierte und multidisziplinäre Ansatz zielen auf eine präzise und lösungsorientierte Betreuung ab – fachübergreifend und aus einer Hand, je nach individuellem Bedarf der Mandanten.

Weitere Informationen über unsere Kanzlei und unser Beratungsangebot finden Sie unter <https://www.sonntag-partner.de/> Obige Ausführungen stellen eine unverbindliche Zusammenstellung nach heutigem Stand dar. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit wird keine Haftung übernommen.

**Umweltauswirkungen** durchzuführen und dabei die Fachbehörden zu beteiligen.

- Falls die Vorprüfung erhebliche Umweltauswirkungen erwarten lässt, dürfen die Verfahrenserleichterungen des beschleunigten Verfahrens (Verzicht auf frühzeitige Bürgerbeteiligung und auf die Umweltprüfung) nicht angewandt werden und der naturschutzrechtliche Eingriff durch den Bebauungsplan ist auszugleichen.
- ### 2. Folgen für in Kraft getretene Bebauungspläne
- Im beschleunigten Verfahren nach § 13b BauGB aufgestellte Bestandspläne, die nicht innerhalb der Jahresfrist des § 215 BauGB gerichtlich angegriffen worden sind, bleiben bestehen. Das wegen § 13b BauGB fehlerhafte Verfahren ist nach Ablauf der Jahresfrist unbeachtlich geworden.

## Ihre Ansprechpartner

### Tobias Rilling, LL.M.

Partner,  
Rechtsanwalt,  
FAfVerwR,  
FAfBau-/ArchR  
tobias.rilling@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-449

### Franz Bezold

of Counsel,  
Rechtsanwalt,  
Leitender Regierungsdirektor a. D.  
franz.bezold@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-461

### Niklas Bammler

Senior Manager,  
Rechtsanwalt,  
Dipl.-Verww. (FH)  
niklas.bammler@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-443

### Daniel Walter

Rechtsanwalt  
daniel.walter@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-444

### Isabelle Gochmann

Rechtsanwältin  
isabelle.gochmann@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-455

### Nico Neuf

Rechtsanwalt  
nico.neuf@sonntag-partner.de  
Tel.: + 49 911 81 511-480

- Werden Bebauungspläne vor Ablauf der Jahresfrist angegriffen, muss mit Verfahrensrügen gerechnet werden. Die Gemeinde sollte in diesen Fällen den Bebauungsplan **dringend in einem ergänzenden Verfahren rückwirkend heilen**, vgl. § 215a Abs. 2 BauGB. Fehlerhafte Verfahrensschritte sind zu wiederholen und es ist die weiter oben beschriebene Vorprüfung über die zu erwartenden Umweltauswirkungen unter Beteiligung der Fachbehörden durchzuführen.
  - Die rückwirkende Heilung ist auch hier nur bis zum 31.12.2024 möglich, so dass **dringender Handlungsbedarf** besteht.
- ### 3. Folgen für Baugenehmigungen
- Grundsätzlich ist das Schicksal bestandskräftiger Baugenehmigungen unabhängig vom Schicksal der zugrundeliegenden Bebauungspläne.
  - Die zuständige **Baugenehmigungsbehörde hat jedoch die Möglichkeit, rechtswidrige aber bereits bestands-**

**kräftige Baugenehmigungen aufzuheben**, vgl. § 48 VwVfG bzw. die dementsprechende landesrechtliche Vorschrift.

- Für künftige Baugenehmigungen gilt: Es sollte eine Heilung des Bebauungsplans angestrebt werden, damit die begehrte Baugenehmigung erteilt werden kann. Andernfalls ist wegen der Lage im Außenbereich mit einer Versagung der Genehmigung zu rechnen.

## V. Ausblick und Handlungsempfehlung

Aufgrund der befristeten Heilungsmöglichkeit nach § 215a BauGB ist für Investoren, Bauherren und Kommunen Eile geboten. Besonders dringender Handlungsbedarf besteht bei laufenden Bebauungsplanverfahren und bei gerichtlich angegriffenen Bebauungsplänen. Für Fragen im konkreten Einzelfall über den Umgang und die Zukunft von Bebauungsplänen und laufenden § 13b-Verfahren sowie zu den Auswirkungen für die Erteilung von Baugenehmigungen ist eine individuelle und einzelfallbezogene Analyse und rechtliche Beratung zu empfehlen. Gerne stehen die Ihnen bekannten Ansprechpartner unserer Kanzlei hierfür zur Verfügung. ■

RA Niklas Bammler,  
RA Tobias Rilling,  
ukm@sonntag-partner.de,  
sonntag-partner.de

## Der Motorspezialist für Sonderlösungen in der Direktantriebstechnik!



Entwicklung und Fertigung von Synchronmotoren für die Anwendungsbereiche:



Automatisierung  
Handling



Holzbearbeitung



Werkzeug-  
maschinenbau

Fischer  
Elektromotoren GmbH  
Schützenstr. 19  
D-74842 Billigheim-Allfeld  
Telefon +49 62 65/92 22-0

fischer-elektromotoren.de

# Inserentenverzeichnis

Unternehmen in alphabetischer Reihenfolge

1A Autenrieth GmbH&Co. KG  
[autenrieth-kunststofftechnik.de](http://autenrieth-kunststofftechnik.de)

Bartholomäus GmbH  
[geba-emerkingen.de](http://geba-emerkingen.de)

BELLE AG  
[BELLEAG.de](http://BELLEAG.de)

Bernhard Müller Betonsteinwerk GmbH  
[beton-mueller.de](http://beton-mueller.de)

Brobeil Maschinenbau GmbH & Co. KG  
[brobeil-maschinenbau.de](http://brobeil-maschinenbau.de)

BURGER GROUP  
[burger-group.com](http://burger-group.com)

Kunststoff Christel GmbH & Co. KG  
[kunststoff-christel.de](http://kunststoff-christel.de)

Dold Holzwerke GmbH  
[dold-holzwerke.com](http://dold-holzwerke.com)

Kunststoffe Eberwein GmbH  
[kunststoffe-eberwein.de](http://kunststoffe-eberwein.de)

Artur Farr GmbH & Co. KG  
[farr-feinmechanik.de](http://farr-feinmechanik.de)

Fischer Elektromotoren GmbH  
[fischer-elektromotoren.de](http://fischer-elektromotoren.de)

Geltz Umwelttechnologie GmbH  
[geltz.de](http://geltz.de)

GL GmbH Metall- und Werkstatttechnik  
[gl-gmbh.de](http://gl-gmbh.de)

Häcker Fliesen und Naturstein GmbH  
[haecker-stein.de](http://haecker-stein.de)

Ätztechnik Herz GmbH & Co. KG  
[aetztechnik-herz.de](http://aetztechnik-herz.de)

Holz-Brüner GmbH  
[firesec.com](http://firesec.com)

Honold & Kirchner GmbH  
[honold-kirchner.de](http://honold-kirchner.de)

Herbert Kaut GmbH & Co.KG  
[kaut.info](http://kaut.info)

Kierdorf & Söhne GmbH  
[kierdorf-soehne.de](http://kierdorf-soehne.de)

Moräne Kies Ges. mbH & Co. KG  
[omk-moraene.de](http://omk-moraene.de)

Prinzing Elektrotechnik GmbH  
[prinzing-elektro.de](http://prinzing-elektro.de)

RIETHO GmbH Stanz- & Biegetechnik  
[rietho.de](http://rietho.de)

Gebrüder Rückert GmbH & Co. KG  
[gebrueder-rueckert.de](http://gebrueder-rueckert.de)

Salzmann Kühler GmbH  
[salzmann-kuehler.de](http://salzmann-kuehler.de)

SIEBFABRIK Arthur Maurer GmbH & Co. KG  
[siebfabrik.de](http://siebfabrik.de)

Sonntag & Partner Partnergesellschaft mbB  
Wirtschaftsprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte  
[sonntag-partner.de](http://sonntag-partner.de)

Valet u. Ott GmbH & Co. KG Kies- und Sand-  
werke  
[valetott.de](http://valetott.de)

VÖLKLE Bürostühle GmbH  
[rovo.de](http://rovo.de)

Wiesbauer GmbH & Co. KG  
[wiesbauer.de](http://wiesbauer.de)



[www.sonntag-partner.de](http://www.sonntag-partner.de)



Wir sind der starker Partner an Ihrer Seite und beraten Sie in allen Belangen mit maßgeschneiderten Lösungen.

- > Wirtschaftsprüfung.
- > Steuerberatung.
- > Rechtsberatung.

- > Family Office.
- > digitale Steuerberatung.

- > IT Audit.
- > IT Consulting.

ganz in Ihrer Nähe  
Syrinstraße 38, Ulm

# MIT vor Ort

**MIT Alb-Donau/Ulm**

[www.mit-alb-donau-ulm.de](http://www.mit-alb-donau-ulm.de)

**MIT Baden-Baden/Rastatt**

[www.mittelstand-bad-ra.de](http://www.mittelstand-bad-ra.de)

**MIT Biberach**

[www.mit-bc.de](http://www.mit-bc.de)

**MIT Böblingen**

[www.mit-boeblingen.de](http://www.mit-boeblingen.de)

**MIT Bodenseekreis**

[www.mit-bodenseekreis.de](http://www.mit-bodenseekreis.de)

**MIT Breisgau-Hochschwarzwald**

[www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de](http://www.mit-breisgau-hochschwarzwald.de)

**MIT Calw/Freudenstadt**

[www.mit-cw-fds.de](http://www.mit-cw-fds.de)

**MIT Emmendingen**

[www.mit-emmendingen.de](http://www.mit-emmendingen.de)

**MIT Esslingen**

[www.mit-esslingen.de](http://www.mit-esslingen.de)

**MIT Freiburg**

[www.mit-freiburg.de](http://www.mit-freiburg.de)

**MIT Göppingen**

[www.mit-gp.de](http://www.mit-gp.de)

**MIT Heidelberg**

[www.mit-heidelberg.de](http://www.mit-heidelberg.de)

**MIT Heidenheim****MIT Heilbronn**

[www.mit-heilbronn.de](http://www.mit-heilbronn.de)

**MIT Hohenlohe**

[www.mit-hohenlohe.de](http://www.mit-hohenlohe.de)

**MIT Karlsruhe**

[www.mit-karlsruhe.de](http://www.mit-karlsruhe.de)

**MIT Karlsruhe Land**

[www.mit-karlsruhe-land.de](http://www.mit-karlsruhe-land.de)

**MIT Konstanz**

[www.mit-konstanz.de](http://www.mit-konstanz.de)

**MIT Lörrach****MIT Ludwigsburg**

[www.mit-ludwigsburg.de](http://www.mit-ludwigsburg.de)

**MIT Main-Tauber-Kreis**

[www.mit-main-tauber.de](http://www.mit-main-tauber.de)

**MIT Mannheim**

[www.mit-mannheim.de](http://www.mit-mannheim.de)

**MIT Neckar-Odenwald**

[www.mit-neckar-odenwald.de](http://www.mit-neckar-odenwald.de)

**MIT Ortenau**

[www.mit-ortenau.de](http://www.mit-ortenau.de)

**MIT Ostalb**

[www.mit-ostalb.de](http://www.mit-ostalb.de)

**MIT Pforzheim**

[www.mit-pforzheim.de](http://www.mit-pforzheim.de)

**MIT Ravensburg**

[www.mit-ravensburg.de](http://www.mit-ravensburg.de)

**MIT Rems-Murr**

[www.mit-remsmurr.de](http://www.mit-remsmurr.de)

**MIT Reutlingen**

[www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen](http://www.cdu-kreis-reutlingen.de/vereinigungen)

**MIT Rhein-Neckar**

[www.mit-rhein-neckar.de](http://www.mit-rhein-neckar.de)

**MIT Rottweil**

[www.mit-rottweil.de](http://www.mit-rottweil.de)

**MIT Schwarzwald-Baar**

[www.mitsbk.de](http://www.mitsbk.de)

**MIT Sigmaringen**

[www.mit-sigmaringen.de](http://www.mit-sigmaringen.de)

**MIT Stuttgart**

[www.mit-stuttgart.de](http://www.mit-stuttgart.de)

**MIT Tübingen****MIT Tuttlingen****MIT Waldshut****MIT Zollernalb**

[www.mit-zollernalb.de](http://www.mit-zollernalb.de)

**MIT Nordbaden**

[www.mit-nordbaden.de](http://www.mit-nordbaden.de)

**MIT Nordwürttemberg**

[www.mit-nordwuerttemberg.de](http://www.mit-nordwuerttemberg.de)

**MIT Südbaden**

[www.mit-suedbaden.de](http://www.mit-suedbaden.de)

**MIT Württemberg-Hohenzollern**

[www.mit-wueho.de](http://www.mit-wueho.de)

**MIT Baden-Württemberg**

[www.mit-bw.de](http://www.mit-bw.de)

**MIT Bund**

[www.mit-bund.de](http://www.mit-bund.de)

## Impressum

Wirtschaftsforum – das Magazin der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg erscheint zehnmal im Jahr im Rahmen der Mitgliedschaft. Ist der Verlag durch höhere Gewalt, Streik und dergleichen an seiner Leistung verhindert, so besteht keine Ersatzpflicht für das Wirtschaftsforum.

Herausgegeben von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit der Kaan Verlag GmbH.

**Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg (MIT)**

Stammheimer Straße 10, 70806 Kornwestheim  
Telefon 07154 8025-140,  
[wifo@mit-lvbw.de](mailto:wifo@mit-lvbw.de),  
[www.mit-bw.de](http://www.mit-bw.de)

**Auflage:** 5.000 Exemplare für Mitglieder und Interessenten

**Verlag und Vertrieb:**

Kaan Verlag GmbH  
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen  
Telefon 07571 7404-0  
[wifo@kaanmedia.de](mailto:wifo@kaanmedia.de),  
[www.kaanmedia.de](http://www.kaanmedia.de)

**Redaktion Wirtschaftsforum:**

verantwortlich im Sinne des Presserechts  
Ulla Müller-Eisenhardt (MIT BW)  
[wifo@mit-lvbw.de](mailto:wifo@mit-lvbw.de)

**Leitung Wirtschaftsforum:**

Ulla Müller-Eisenhardt

**Verantwortlicher Redakteur:**

Achim Rieger (Kaan Verlag GmbH)

**Druck:**

Kaan Verlag GmbH  
Klosterstraße 12, 72514 Inzigkofen  
[www.kaanverlag.de](http://www.kaanverlag.de)

**Bildnachweise:**

Diese Ausgabe verwendet Bilder von Pixabay, Pixelio, Adobe Stock und MIT Bund.

# Aufnahmeantrag



Hiermit bitte ich um die Aufnahme in die Mittelstands- und Wirtschaftsunion.  
Die grau hinterlegten Felder werden von der MIT ausgefüllt.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Mitgliedsnummer	LV/KV	Kriterium
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Name, Vorname		Geburtsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Straße, Hausnummer		PLZ, Ort
<input type="text"/>		<input type="text"/>
E-Mail-Adresse		Telefon
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Beruf		Firma
<input type="text"/>		<input type="text"/>
Berufliche Tätigkeit		Eintrittsdatum
<input type="text"/>		<input type="text"/>

- Selbstständig      Um unsere Beziehung zu Ihnen auf Sicherheit, Vertrauen und Nachhaltigkeit aufzubauen, bitten wir Sie, uns nachfolgendes Einverständnis zu geben:
- Nicht selbstständig      Ich bin mit der Erhebung, Speicherung und Nutzung der vorstehenden personenbezogenen Daten sowie der besonderen Arten personenbezogener Daten (§ 3 Abs. 9 BDSG, z.B. politische Meinungen) einverstanden. Die Daten werden von der Mittelstands- und Wirtschaftsunion Baden-Württemberg, ihren Gliederungen für die Übersendung von Einladungen, Newsletter, Informationsmaterial und des MitgliederMagazins – auch per E-Mail – genutzt. Eine sonstige Weitergabe an Dritte findet nicht statt. Die E-Mail-Adresse kann auch für den Versand von Einladungen zu satzungsgemäßen Versammlungen und Einladungen genutzt werden. Der Versand der Einladungen auf elektronischem Wege steht in diesem Fall dem Postweg gleich. Ihre persönlichen Daten werden nach Beendigung Ihrer Mitgliedschaft gemäß der gesetzlichen Bestimmungen gelöscht.
- CDU-Mitglied
- Parteilos

Ich bestätige, kein Mitglied einer anderen Partei als der CDU/CSU zu sein.

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Unterschrift des Neumitglieds	Geworben von	Unterschrift des MIT-Kreisvorsitzenden

## Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die MIT, bis auf Widerruf meinen Jahresbeitrag und die einmalige Aufnahme spende von folgendem Konto abzubuchen:

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Kontoinhabers	Gläubiger-ID	BIC
<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Geldinstitut	IBAN	
Die Aufnahme spende für meinen	Mein Mitgliedsbeitrag beträgt jährlich _____ €	
<input type="checkbox"/> Kreisverband <input type="checkbox"/> Landesverband <input type="checkbox"/> Bundesverband	(Mindestbeitrag 90 €/Jahr. Der Mitgliedsbeitrag wird als Jahresbeitrag durch eine SEPA-Lastschrift eingezogen.)	
beträgt einmalig _____ €		

Unterschrift Kontoinhaber

**Jetzt Mitglied werden!**

**MIT im Dialog.**

**Schreiben Sie uns  
Ihre Meinung!**

z. B. zu unseren Forderungen an die Landesregierung, zur uns belastenden Bürokratie und zu unseren Erwartungen an die Wirtschaftspolitik!

**wifo@mit-lvbw.de**

Hier geht es zur  
[www.mit-bw.de](http://www.mit-bw.de)



**MIT**

MITTELSTANDS- UND  
WIRTSCHAFTSUNION  
BADEN-WÜRTTEMBERG